

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Feslerstraße 28, I.

Nr. 28.

Hamburg, den 13. Juli 1895.

7. Jahrgang.

Inhalt: Das Submissionswesen vom Standpunkte des Arbeiters betrachtet. — Lehrreiche Vergleiche. — Die Gesellenverbände in Deutschland. — Einiges über die Zimmererbewegung in Nürnberg. — Berichte. — Baugewerbliches. — Sozialpolitisches. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Politisches und Gerichtliches. — Arbeiterversicherung. — Vermischtes. — Eingekauft. — Literarisches. — Bekanntmachungen der Central-Kranken- und Sterbekasse. — Versammlungs-Anzeiger. — Anzeigen. — Verkehrsnotale — Feuilleton.

Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten: In **Essen** von dem Zimbehler'schen Plaz, von **Halle a. S.** und **Plauen im Voigtl.**, in **Dortmund** vom Lepping'schen Plaze, von **Leipzig**, in **Düsseldorf** von den Plätzen Philipp Fuchs, Wunsch, Frank und Th. Pinzen & Sohn, von **Flensburg**, in **Serne** vom Langensiep'schen Plaze, in **Ishoe** von der Zementfabrik, von **Nürnberg**, in **Wandsbek** vom Rod'schen Plaze, in **Wilhelmshaven** von den Schortau'schen Bauten und Plätzen und vom Meigner'schen Plaze.

Für die Lokalkassierer!

Noch einmal sehen wir uns genöthigt um rechtzeitige Einsendung der Rechnungsabchlüsse, sowie der Hauptkassengelder recht dringend zu ersuchen; es sei deshalb noch einmal erwähnt, daß bis zum 15. d. M. spätestens abgerechnet werden muß, alle nach dem 15. eingekauften Gelder kommen für das zweite Quartal nicht mehr in Anrechnung.

Um den vielen Anfragen zu begegnen, machen wir ausdrücklich darauf aufmerksam, daß für das zweite Quartal, wie bisher 70% der Einnahme an die Hauptkasse abzuführen ist; erst für das dritte Quartal tritt die Prozentrechnung (dem Beschluß der ersten Generalversammlung gemäß) in Kraft.

Ferner weisen wir die neugewählten Lokalkassierer darauf hin, daß es durchaus notwendig ist, bei der Uebernahme der Kassengeschäfte darauf zu achten, daß die Bücher mit dem vorhandenen Gelde, sowie Marken übereinstimmen. Bei der Uebernahme sind die Bücher abzuschließen, damit später rein ersichtlich, wann die Uebergabe erfolgte.

Ab. Römer, Verbandskassierer.

Das Submissionswesen vom Standpunkte des Arbeiters betrachtet.

II.

In unserem ersten Artikel über das Submissionswesen haben wir dessen Uebelstände im Einzelnen nicht berührt, gedenken es auch heute nicht zu thun, weil wir sie als genügend bekannt bei unseren Lesern voraussetzen und sich „Der Zimmerer“ ja auch schon früher sehr oft damit beschäftigt hat. Worauf es uns diesmal ankommt, ist, die Stellung zu fixiren, welche der Arbeiter dem Submissionswesen gegenüber einzunehmen hat.

Dem flüchtigen Leser unserer Darlegungen im vorigen Artikel mag es vielleicht erschienen haben, als wären wir der Meinung, der Arbeiter brauche

sich um das Submissionswesen überhaupt kein Kopfzerbrechen zu machen, seine Stellung dazu könne eine völlig neutrale sein, da es sich nicht abschaffen lasse, ja er auch gar kein Interesse an einer Abschaffung desselben habe, er es im Gegentheil mit Freuden begrüßen müsse, wenn das Unternehmertum auch mit Hilfe des Submissionswesens die Logik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ad absurdum führe und sich selbst und die ganze Wirtschaftsordnung mit zu Grunde richte. Ja, wäre nicht beim heutigen Submissionswesen der Arbeiter gerade der am meisten leidende Theil, dann würde jener skizzierte Standpunkt des passiven Zuschauers der allein richtige sein. Denn wie es dem Arbeiter gleichgültig sein kann, ob die Kapitalisten sich einander das Geld in Monaco abnehmen oder sich gegenseitig an der Börse ruiniren, so könnte es ihn auch kalt lassen, wenn sich die Unternehmer mittelst des Submissionswesens wirtschaftlich selbst abschächten — müßte er nur nicht dabei auch mit, und zwar zu allererst bluten. Geschieht doch das Unterbieten bei Submissionen zumeist auf Kosten der Arbeitslöhne, diese werden in der Regel zuerst gedrückt, wenn „die Arbeit zu billig angenommen“ worden ist. Auch ist dem Arbeiter damit wenig gedient, wenn ihm in Bezug auf einen aus Anlaß zu billig übernommener Submissionsarbeiten den Lohnrücker spielenden Unternehmer gesagt wird: Laß ihn nur gewähren, er geht ja dabei selber mit zu Grunde. Ebensovienig kann er sich an der Gewißheit satt essen, daß das Submissionswesen den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft beschleunigen hilft. Der Arbeiter hat also das Interesse, sich so viel wie möglich vor den üblen Wirkungen, welche das Submissionswesen auf seine Lage ausübt, zu schützen. Die Frage ist nur: wie kann er sich davor schützen?

In den Kreisen der Berliner Bauarbeiter — und die Bauarbeiter werden bekanntlich durch das Submissionswesen in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen — ist man der Meinung, durch die Regiearbeit, also beim Bauesen durch den Regiebau, seien die Uebelstände der Submissionsarbeit am leichtesten und gründlichsten zu beseitigen, nicht allein im Interesse der in Frage kommenden Arbeiter, sondern auch im öffentlichen Interesse. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, hatte die „Freie Vereinigung der Maurer und Fachgenossen Berlins“ schon im Mai 1889 in einer Petition an die Berliner Stadtverordneten das Ersuchen gerichtet, die zahlreichen Bauten, welche die Stadtgemeinde Berlin alljährlich in Submission vergiebt, künftig in eigener Regie ausführen zu lassen. In der beigegebenen Begründung dieser Forderung war darauf hingewiesen, wie beim Regiebau nicht nur die beteiligten Arbeiter sich besser stehen, weil sie nicht der im Gefolge des Submissionswesens naturnothwendig auftretenden Lohnrückerei ausgelegt sein würden, sondern auch die Stadt ihre Rechnung dabei fände. Letzteres in mehrfacher Beziehung. Erstens würde beim Regiebau bessere Arbeit geliefert werden als beim Submissionsverfahren, wo in der Regel die Unternehmer jede Gelegenheit zum Betrügen der Auftraggeber benutzten und die Arbeiter sehr oft gezwungen wären,

Psufcharbeit liefern zu müssen. Außerdem müsse die Stadtgemeinde aber auch ein Interesse daran haben, daß das Einkommen und die Lebenshaltung eines Theiles ihrer Mitglieder nicht zu tief herabgedrückt würden, am allerwenigsten dürfe sie selbst die Hand dazu bieten. Dieserhalb wurde in der betreffenden Eingabe auch zugleich die Festsetzung eines neunstündigen Maximalarbeitstages für die an den städtischen Bauten beschäftigten Arbeiter gefordert. Schließlich war auch noch der Nachweis für die Möglichkeit des Regiebaues in technischer Beziehung geliefert.

Das Schicksal der Petition war vorauszu sehen. Zunächst blieb sie dreiviertel Jahr in der Petitionskommission vergraben, und als sie dann an das Plenum der Stadtverordnetenversammlung gelangte, sollte sie ohne Weiteres in den Papierkorb wandern, was aber die sozialdemokratischen Mitglieder zu verhindern wußten, so daß sie an die Kommission zurückverwiesen wurde. Hier ruhte sie nun abermals dreiviertel Jahr. Und als sie endlich auf die energische Mahnung einer Maurerversammlung hin im September 1890 wieder auf die Tagesordnung des Plenums kam, beantragte der Petitionsausschuß einfachen Uebergang zur Tagesordnung. Dies zu verhindern und einen positiven Erfolg zu erzielen, wurde von sozialdemokratischer Seite der Antrag gestellt, eine gemeinschaftliche Deputation von Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung einzusetzen, um über die von den Bauarbeitern beantragte Reform des städtischen Bauwesens zu berathen. Natürlich wurde dieser Antrag abgelehnt und er wäre auch abgelehnt worden, wenn die Arbeitervertreter in der Stadtverordnetenversammlung von Seiten der Bauarbeiter über die einschlägigen Verhältnisse wären besser informiert worden, so daß sie in der Lage gewesen, ihren Antrag sachlicher und eingehender begründen zu können, als es thatsächlich geschah. Deshalb verzichteten wir hier auch darauf, auf die noch viel weniger sachlichen Argumente, mit denen die Gegner des sozialdemokratischen Antrages diesen bekämpften, hier näher einzugehen. Es genügt, hervorzuheben, daß hierbei das Hauptargument die Behauptung war, der städtische Regiebau würde der Anfang vom sozialdemokratischen Zukunftstaate sein.

Selbstverständlich ist das Unsinn, doch liegt darin Methode. Man kann nämlich daran erkennen, wie ängstlich die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bemüht sind, von dieser Alles fernzuhalten, was nach ihrer Meinung das Fundament dieser „Ordnung“ irgendwie erschüttern könnte. Und es läßt sich in der That nicht leugnen, daß, so wenig auch unter den heutigen Verhältnissen der kommunale Regiebau mit dem Sozialismus gemein hat, er doch immerhin für den Unternehmerbau wie überhaupt das Vergehen öffentlicher Arbeiten in Entreprise eine recht bedenkliche Sache ist, indem dabei die völlige Ueberflüssigkeit des Privatunternehmertums ad oculos demonstrirt wird. Deshalb begreifen wir auch den Eifer, mit dem nicht allein in der Berliner Stadtverordnetenversammlung der erwähnte Versuch, das Privatunternehmertum wenigstens aus dem städtischen Bauwesen zu ver-

drängen, gleich bei seinem ersten Auftauchen niederzuschlagen gesucht wurde, sondern das gleichartige Verhalten der Vertreter des Kapitalbürgertums überall, wo sich Gelegenheit dazu bietet. Würden doch die Manchesterleute vom Schlage eines Eugen Richter und Konforten es noch heutigen Tages mit Freuden begrüßen, wenn alle städtischen und staatlichen Regiebetriebe, selbst Post und Telegraphie, Eisenbahnen und Polizei an Privatunternehmer oder an Aktiengesellschaften verpachtet würden. Daß damit nicht zu viel gesagt ist, beweist Hamburg. Hier, wo der Geldsack allein das Ruder führt, sind sogar die neuen Elektrizitätswerke einer Privatgesellschaft zur Ausbeutung überliefert worden.

Aus den hier erörterten Gründen läßt sich aber auch vorhersehen, daß das erneute Vorgehen der Berliner Bauarbeiter zur Herbeiführung des städtischen Regiebaues genau denselben Erfolg, oder besser Mißerfolg, haben wird, wie den vom Jahre 1889. Es ist nämlich in diesem Frühjahr abermals eine Petition um Beseitigung des Submissionsverfahrens im städtischen Bauwesen an die Berliner Stadtvertretung gerichtet worden, und zwar diesmal vom „Kartell der Bauarbeiter Berlins.“ Vor dem sicheren Schicksal des abermaligen ad acta Gelegterdens wird diese Petition auch nicht der Umstand schützen, daß ihr diesmal das Bauarbeiterkartell eine von dem Herrn Regierungsbaumeister außer Dienst Gustav Repler ausgearbeitete, 64 Seiten starke Denkschrift mit auf den Weg gegeben worden ist. Auf den Inhalt dieser Denkschrift hier näher einzugehen, erübrigt sich. Der größte Theil derselben beschäftigt sich mit den aus Anlaß der ersten Petition vor fünf Jahren in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gehaltenen Reden, um die damals gegen die Durchführbarkeit des Regiebaues geltend gemachten Gründe zu widerlegen. Wir gehen, wie gesagt, darauf nicht ein, weil auch wir diese Gründe nicht als stichhaltig anerkennen, vielmehr der Meinung sind, daß eine Stadtgemeinde ihre Bauten sehr wohl in eigener Regie ausführen kann, und zwar das um so leichter und um so vortheilhafter, je größer die Stadtgemeinde ist.

Ganz anders verhält es sich dagegen mit der Frage: Empfiehlt sich der Regiebau auch vom Standpunkt des Arbeiters? Und da müssen wir allerdings sagen, daß das nach unserer Meinung nicht der Fall ist. Begründet haben wir diese Ansicht schon einmal in dem Artikel „Regie- oder Unternehmerbau?“ in Nr. 11 des „Zimmerer“ vom 17. März 1894, worauf wir hiermit verweisen. Wir haben dort ausgeführt, wie der Regiebau so lange nicht empfehlenswerth für die Arbeiter sein könne, als diese nicht einen

gewissen Einfluß auf die Behörden, welche bauen lassen, besitzen, um zu einem erträglichen Arbeitsverhältniß zu gelangen. Und mit dieser Anschauung geben uns die Thatfachen dort, wo Arbeiten in Regie ausgeführt werden, durchaus Recht. Zu diesem Zweck genügt wohl ein Hinweis auf die staatlichen „Musterbetriebe“, auf die Eisenbahnen, auf den Post- und Telegraphenbetrieb, die fiskalischen Bergwerke, Werften, Waffen- und Munitionsfabriken u. In allen diesen Betrieben werden nicht allein Durchschnittlich schlechtere Arbeitslöhne als in entsprechenden Privatbetrieben gezahlt, sondern es werden darin die Arbeiter auch noch als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt, indem man ihre staatsbürgerlichen Rechte mit Füßen tritt, wie das ja genugsam bekannt ist. Schließlich braucht man aber die Beispiele dafür, daß unter den heutigen Verhältnissen die Regiearbeit für den Arbeiter das größere Uebel ist, garnicht einmal aus anderen Berufen herbeizuholen, auch das Baugewerbe liefert sie dort, wo in Regie gebaut wird, und wie wir solche in dem erwähnten Artikel aus Nr. 11 angeführt haben. Und wenn die an kommunalen Regiebauten beschäftigten Arbeiter heute nur schlechter entlohnt und nicht auch zugleich politisch geknechtet werden, so liegt das wohl nur daran, daß eben der Regiebau noch die Ausnahme bildet, und die Sache würde sich sofort ändern, sowie es zur Regel würde. Jetzt lohnt es sich eben noch nicht, den etwa in Regie beschäftigten paar Bauarbeitern gegenüber den politischen Schinderknecht zu spielen. Daß aber unsere aus der Bourgeoisie hervorgegangenen und mit ihrem Denken und ihren Interessen noch zu ihr gehörenden Stadtgewaltigen auch zur politischen Knechtung der städtischen Angestellten, bezw. der von ihnen beschäftigten Arbeiter sehr wohl im Stande sind, ist überall und jeden Tag zu sehen.

Sollte daher bei allgemeiner Einführung des kommunalen Regiebaues den dabei beschäftigten Arbeitern ein besseres Loos zu Theil werden, als sie es heute vielfach infolge des Submissionswesens beim Privatunternehmer haben, so würden eben, wie wir das auch in dem mehrerwähnten früheren Artikel ausgeführt haben, die Arbeiter sich zunächst einen größeren Einfluß auf die kommunalen Behörden zu verschaffen suchen müssen, als sie heute haben. Und was hier vom kommunalen Regiebau gesagt ist, gilt auch vom staatlichen, gilt von der Regiearbeit überhaupt. So lange die Vermehrung der politischen Macht der Arbeiter nicht stattgefunden, werden sie bei jeder Vermehrung der Regiebetriebe aus dem Regen in die Traufe kommen. Es ist also unter den heutigen Verhältnissen auch die Einführung des Regiebaues

an Stelle der Vergabung der öffentlichen Bauten in Entreprise nicht zu empfehlen, so hoch man auch immer den moralischen Nutzen, den eine derartige Verdrängung des Unternehmertums für die Arbeiterbewegung haben würde, veranschlagen mag, weil dieser Nutzen zu theuer erkauft werden müßte. Was soll aber nun der Arbeiter dem Submissionswesen gegenüber thun? Soll er sich so lange passiv dazu verhalten, bis er so viel politische Macht erlangt als nöthig ist, sich beim Regiebetrieb ein erträgliches Arbeitsverhältniß erzwingen zu können? Gewiß soll er mit allen Kräften diese Macht zu erringen suchen, aber wenn die Arbeiter darauf warten wollten, bis sie jene Macht haben, bevor sie den Uebelständen, die das Submissionswesen für sie im Gefolge hat, zu Leibe gehen, da dürfte möglicher Weise Manchem die Zeit etwas lang werden. So gichtbrüchig unsere bürgerliche Gesellschaft auch ist, auf dem letzten Loche pfeift sie dieserhalb noch lange nicht. Sie kennt aber die Gefahr, die ihr von Seiten der zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde gekommenen Arbeiterklasse droht und darum wird sie dieser so leicht keine neuen politischen Machtmittel einräumen. Wir sehen das jeden Tag in Deutschland wie im Auslande, wie sehr sich die besitzenden Klassen gegen jede Erweiterung der politischen Rechte der Arbeiter sträuben. Und wenn wir uns nicht selbst blauen Dunst vormachen wollen, wozu doch wahrhaftig kein Anlaß ist, so müssen wir eben sagen, daß, wie z. B. die Verhältnisse speziell in Deutschland liegen, ohne den Eintritt ganz unvorhergesehener Ereignisse die Arbeiter nicht daran denken können, in absehbarer Zeit so viel Macht und Einfluß zu gewinnen, um bei der Ausführung von Regiearbeiten ein entscheidendes Wort mitsprechen zu dürfen. Schöne Redensarten können über dieses Faktum wohl hinwegtäuschen, können es aber nicht aus der Welt schaffen.

Haben wir also keine Aussicht, in absehbarer Zeit mittelst des Regiebaues unsere Lage verbessern zu können, so müssen wir wenigstens daran denken, die ärgsten Uebelstände, welche das Submissionswesen für uns zeitigt, aus der Welt zu schaffen zu suchen. Und das kann geschehen, wenn wir darauf dringen und unseren Einfluß dahin geltend machen, daß bei jedem Submissionsverfahren in dem Lieferungsvertrag der Unternehmer verpflichtet wird zu gewissen Minimalleistungen gegenüber den Arbeitern. Gegen eine solche Verpflichtung werden sich, wenn sie allgemein eingeführt wird, die Unternehmer weniger sträuben, sie trifft alle Konkurrenten gleichmäßig und läßt die Grundlage der Privatproduktion ganz unberührt, was beim Regiebau eben nicht der Fall ist.

Zur Geschichte der Zeitungen.

Der moderne Gegenwartsmensch, für den die tägliche Zeitung immer mehr zum Lebensbedürfniß wird, kann sich nur schwer eine Vorstellung davon machen, auf welche Art unsere germanischen Vorfahren sich gegenseitig Mittheilungen zugehen ließen.

Denn auch diese Waldmenschen hatten schon ihre Zeitung, die durch die Boten von einem Gehöft zum anderen getragen wurde und die Lesung den Parteien für den Allthum übermittelte. Freilich war diese Zeitung nicht gedruckt oder geschrieben, sondern auf Stäben von Buchenholz eingeritzt. Die Schriftzeichen, welche Runen genannt wurden, waren gleich unseren Chiffreschriften nur für die Eingeweihten bestimmt. Durch diese Buchstäbe gelangte jede wichtige Nachricht durch Wälder und Sümpfe bis an die entferntesten Enden des Reiches. Im „heiligen Haine“ wurden diese Stäbe von den Priestern um den Altar der Göttin gestreut und von den Jungfrauen aufgelesen. Von diesem „Auflesen“ leiten viele Forscher unser Buchstabenlesen ab.

Im alten Babylon schrieb man auf Mauerziegeln und Thontafeln, so lange diese noch weich und naß waren, dann brante man sie, um damit die Wände der Säle zu bemauern. Natürlich wurden bei dieser langsamen Methode der Nachrichtenverbreitung nur die wichtigsten Dinge niedergeschrieben.

Im Britisch-Museum zu London befindet sich eine ganze Anzahl solcher Thonziegel, auf welchen George Smith im Jahre 1876 die älteste Schöpfungsgeschichte und das semitische Märchen von der Sündflut entzifferte. In China und Japan schrieb man mittelst eines Pinsels auf Pflanzensafeln; da aber dieses Schreibmaterial schwer zu beschaffen war und außerdem das mongolische Begriffsalphabet za. 80 000 Schriftzeichen hat, so mußten die

bezopften Söhne des Reiches der Mitte die Ausübung ihrer Schreibkunst sehr beschränken.

Die syrischen Schriftgelehrten meistelten ihre Geschichte auf Steintafeln. Ihr Gebiet war aber ausschließlich das des Hofes; wie die Hieroglyphenschrift der alten Ägypter von den Priestern beeinflusst wurde, so geschah es seitens des Herrschers mit den syrischen Schriftwerkern.

Erst bei den Griechen und Römern, den bedeutendsten Völkern des Alterthums, wurden die primitiven Schriftmittel bedeutend erweitert und die vereinfachten Schriftzeichen vielseitiger gebraucht. Bei den Griechen wurde die Bilderschrift auf Stein abgeschafft und an ihre Stelle traten Schriftzeichen auf Holz, Häute und Bast. Trotzdem die griechische Philosophie und Dichtung von ungeheurem Einfluß auf Mit- und Nachwelt gewesen, große Redner bildete, so hat sie doch keine Journalisten erzogen, denn alle Staatsgeschäfte wurden mündlich erledigt.

Erst das weltersobernde und beherrschende gewaltige Staatswesen der römischen Republik benutzte eiserne Griffel, mit denen auf buchähnlich zusammengefaßten, mit Wachs überzogenen Holztafeln geschrieben wurde. Die Schriftzeichen konnte man, falls sie nicht mehr nöthig waren, wieder verwischen, so daß die Tafeln aufs Neue verwendet werden konnten, ähnlich wie in unseren Tagen die Schiefertafeln. Dem Wort und der Schrift gegenüber herrschte während des großen Kampfes der Demokraten und Aristokraten, bis zum endlichen Siege der ersteren, vollständige Freiheit. Die Hauptstadt, sowie die Provinzen erhielten durch Zeitungen Kenntniß von allen wichtigen Vorgängen im öffentlichen Leben. Es waren dies die acta politica diurna. Diese Mutter aller nachmaligen Tageszeitungen brachte die Neuigkeiten ziemlich rasch, nur fehlten die Berichte über Verhandlungen des Senats vollständig; erst Julius Cäsar ordnete ihre Veröffentlichung an. Doch auch schon damals gab es private

Zeitungsunternehmen, die der offiziellen Publizität erfolgreiche Konkurrenz machten, da sie die Stadterneuigkeiten viel ausführlicher brachten. Proben des römischen Zeitungswesens finden wir im Briefwechsel des Cicero und im „Trimalchio“ des Petronius.

In jener Zeit bildeten, genau so wie heute, die Skandalgeschichten den Hauptinhalt der Zeitung, da das Publikum gierig nach ihnen verlangte. Die Zeitungsschreiber gaben sich auch alle Mühe, dem Verlangen der Leser nachzukommen und diktierten ihren Sklaven die interessantesten Dinge.

Leider gab es auch schon im alten Rom während der Herrschaft der Cäsaren die gefährdeten Jenoren, deren Agenten unbarmherzig konfiszierten. Freilich nützte das Konfiszieren damals so wenig wie heute. Ob man auch die Zeitungsschreiber mit barbarischen Strafen belegte, die Welt erfuhr doch die Greuelthaten der wahnsinnigen Cäsaren. Die blutdürstigen Thaten des verrückten Kaisers Tiberius, der die Majestätsbeleidigung erfand, die Verbrechen seiner würdigen Mutter, der Gismiskerin Livia, sowie der feige Mord, den Nero an seiner Mutter verübte, — das Alles konnte trotz Verbannung und Hinrichtung der Zeitungsschreiber der Welt nicht verborgen bleiben.

Als Nero seine grausamen Christenverfolgungen in Szene setzte, schrieben römische Publizisten die Leiden der Märtyrer nieder und kolportierten diese Berichte eifrig. Sie haben damit nicht zum Wenigsten dazu beigetragen, daß das Christenthum zum Siege kam, unter dessen Herrschaft allerdings die Konfiskationswuth bei den Mächtigen nur noch größer wurde. Doch wenn man auch Schriften konfiszierte, die trotzigen Spottlieder, welche zur Zeit des Mittelalters von Mund zu Mund gingen und sich dem Gedächtnisse einprägten, die waren nicht zu verbieten.

Die Kunst des Gutenbergs kam gerade recht, um den Deutschen beim Durchkämpfen der gewaltigen neuen

Sodann müssen aber, wie schon einmal erwähnt, alle kommunalen wie staatlichen Behörden das größte Interesse daran haben, daß nicht durch die Konkurrenzsucht, Profitgier oder Kopflosigkeit Einzelner weite Bevölkerungskreise in ihrem Einkommen und ihrer Lebenshaltung so herabgedrückt werden, daß sie der Gefahr gänzlicher Verarmung und Verelendung ausgesetzt sind. Wenn nach dieser Richtung die organisierte Arbeiterschaft, unterstützt durch ihre politischen Vertreter, ihren Einfluß einsetzt, dann wird sie heute zweifellos etwas vermögen. Das beste Beispiel für diese Möglichkeit liefern uns Paris und London. In beiden Städten werden sämtliche öffentlichen Arbeiten nur an solche Unternehmer vergeben, welche sich zur Innehaltung einer gewissen Maximalarbeitszeit und zur Zahlung gewisser Minimallohne verpflichten. Und dabei ist sowohl die englische wie die französische Bourgeoisie dem Regiebetrieb noch viel feindlicher gesinnt und wacht noch viel ängstlicher über ihre Ausbeuterprivilegien als die deutsche. Wurde doch vor einiger Zeit der sozialistischen Stadtverwaltung von Charlevoi von der Regierung sogar verboten, eine kommunale Armenapotheke zu errichten, weil nach dem dortigen Gesetz Gemeinden keine Gewerbebetriebe unterhalten dürften. Und wenn man bezüglich Paris vielleicht mag einwenden können, die Verwaltung dieser Stadt bestehe zur Mehrheit aus Sozialisten und politisch Radikalen, so trifft dies doch sicher nicht auf den Londoner Grasschaftsrath zu, welcher nichts weniger denn sozialistisch oder radikal ist. Aber die sozialen Verhältnisse, worunter nicht in letzter Linie die Armenbudgets dieser Städte, haben ihre Behörden genöthigt, den Wünschen der dortigen organisierten Arbeiter in der hier erörterten Weise Rechnung zu tragen.

Und nach dieser Richtung sollten auch die deutschen Arbeiter, insbesondere die Bauarbeiter, die am meisten beim Submissionswesen in Mitleidenschaft gezogen sind, recht bald einen energischen Vorstoß machen. Wir brauchen deshalb von unseren weitergehenden Zielen nicht das Geringste aus den Augen zu lassen, aber die Einführung jener auf einem Minimallohn und eine Maximalarbeitszeit bezügliche Klausel in die Submissionsverträge sollte unser nächstes Ziel sein. Das ist nach unserer Meinung der Standpunkt, den der Arbeiter zum Submissionswesen einzunehmen hat.

Lehrreiche Vergleiche.

Man wird sich noch erinnern können, daß vor längerer Zeit im Reichstage die Rede u. A. auch auf die Alters- und Invaliditätsgesetzgebung kam.

Zweien behüßlich zu sein. In den Zeitungen, Flugchriften und Büchern jener Zeit wird ein schonungsloser Kampf gegen die Kirche geführt. Wohl that das Kammergericht in Weplar sein Möglichstes, um die gefährlichen Blätter zu verbrennen, es konnte ihrer jedoch nicht Herr werden. Kaiser Karl V., in dessen Reiche „die Sonne nicht unterging“, war machtlos gegen die Schriften. Mochten seine Beamten auch auf Straßen und Märkten ein noch so wachsam Auge haben, es nützte nichts. Trotz der schweren angedrohten Strafen wurden doch Tausende von Exemplaren verbreitet.

Die neu auftretende Holzschneidekunst wurde gleichfalls eifrig benutzt im Kampfe gegen die Unterdrückung. Man ist erstaunt, in jenen uns erhalten gebliebenen Werken aus der Reformationszeit eine Sprache zu finden, die an Schärfe alles in späterer Zeit Gedruckte in den Schatten stellt. Doch nicht nur die Deutschen thaten sich in der Wucht ihrer Angriffe hervor, auch die französischen Vieder in den Zeiten der Hugenotten, sowie die Pamphlete in der englischen Revolution gegen die Stuarts ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Die erste täglich erscheinende Zeitung wurde im Jahre 1685 in Genua gedruckt und hieß „Gazetta“, von la gazza, die Elster, welche als Symbol der Geschwätzigkeit galt. Erst fünfzig Jahre später, im Jahre 1685, wagte es Thomassin, mit der ersten deutschen Zeitschrift, „Die Monatsgespräche“, den Kampf gegen das religiöse Dogma und das Philistertum aufzunehmen. Selbstverständlich ließ sich das Oberkonsistorium die Gelegenheit nicht entgehen, dem Begründer der „Monatsgespräche“ das Leben schwer zu machen.

Die große geistige Unfruchtbarkeit, welche in den nächsten zwei Jahrhunderten auf Deutschland lastete und die hervorgerufen war durch den dreißigjährigen Krieg, hinderte die Entwicklung der Tagespresse. Während in England und Frankreich die Großen der Wissenschaft

Der sozialdemokratische Abgeordnete Molkenbuhr gab bei dieser Gelegenheit seine Ansicht dahin ab, daß diese „Kronung der Sozialreform“ nur einen recht zweifelhaften Werth für die Arbeiter habe, wogegen von gegnerischer Seite der „Segen“ und die „Bedeutung“ dieses Gesetzes aufs Ueber-schwenglichste geschildert wurden. Wir meinen nun, daß es garnicht nöthig ist, den Arbeitern gegenüber viele Worte über Werth oder Unwerth der Alters- und Invaliditätsgesetzgebung zu machen; wissen wir selber doch ganz genau, wie es damit steht, und wer es nicht wissen sollte, braucht darum keine Reichstagsdebatten zu lesen: in unseren eigenen Reihen leben überall Solche, an denen sich der Segen der genannten Gesetze derartig widerspiegelt, daß Jeder, dem nur darum zu thun ist, sich darüber zu orientiren, die beste Gelegenheit in nächster Nähe hat.

Bei objektiver Beurtheilung dessen, was den Arbeitern durch die Alters- und Invaliditätsgesetzgebung Gutes gethan wird, darf man diese nicht als solche allein betrachten, sondern man muß sie mit dem vergleichen, was auf ähnlichem Gebiete anderen Kategorien der Bevölkerung gegenüber gethan wird. Wenn man z. B. sich lediglich mit der Thatsache befaßt, daß laut Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes im vorigen Jahre M. 8 097 600 Unfallversicherungsgelder an Verletzte, sowie an Verwandte von Getödteten und Verletzten ausgezahlt wurden und daß in derselben Zeit an 295 200 Personen M. 24,4 Millionen Alters- und M. 10 Millionen an Invalidenrenten verabfolgt worden sind, so rufen diese Zahlen ja im ersten Augenblick ein gewisses Staunen hervor, zumal wenn man der alten Behauptung der Tonangebenden Glauben schenkt, daß dies Geld vollständig oder jedoch zum größten Theil vom Staate, resp. vom Arbeitgeberthum hergegeben worden ist. Behauptete doch vor nicht so langer Zeit das „Leipz. Tagebl.“ steif und fest, daß die Unkosten der Unfallversicherungsgesetzgebung im Jahre 1894 sich auf M. 60 Mill. belaufen hätten, die das Arbeitgeberthum ganz allein aufbringen mußte.

Wenn ferner große Summen dupiren können, der mag erst recht in Verwunderung gerathen, wenn er hört, daß seit Bestehen des Alters- und Invaliditätsgesetzes bis Ende 1894 241 864 Altersrenten und 101 603 Invalidenrenten zugebilligt und sogar auch noch M. 5 741 000 an Darlehen zum Bau von Arbeiterwohnungen vorgeschossen worden sind.

Um jedoch zu erkennen, welchen Werth die eben angeführten Ziffern hinsichtlich ihrer Höhe haben, muß man sie, wie schon angedeutet wurde, mit anderen vergleichen. Wir wollen hierzu diejenigen Summen nehmen, die auf Grund des Pensions-

gesetzes an Militär-Invaliden ausgezahlt werden. Die „Frankfurter Ztg.“ nahm kürzlich Ursache, sich über die theils zu gering bemessenen, theils zu hohen Pensionen, für Militärinvaliden auszulassen. Diesen Ausführungen entnehmen wir Folgendes:

„Während im Jahre 1887/88 der Pensionsetat sich auf rund 25 1/2 Millionen Mark belief, ist er heute, wenn man die Ausgaben für die Zivilverwaltung abrechnet, auf rund 48 Millionen gestiegen, was kapitalisirt die enorme Summe von 1200 Millionen ausmacht. Betrachtet man den Etat für 1895/96 näher, so findet man für dieses Jahr eine Steigerung der Ausgaben um rund 6 Millionen Mark. Diese Steigerung rührt zum Theil daher, daß infolge des Pensionsgesetzes vom 22. Mai 1893 die Bezüge der im Zivildienste angestellten Pensionäre erheblich vermehrt worden sind, und daß andererseits die Zahl der im Friedensdienste invalide gewordenen Mannschaften sich gegen das Vorjahr um 11 000 Mann vermehrt hat und in diesem Jahre auf 60 000 Mann gestiegen ist.“

Das genannte Blatt führt dann aus, daß an den Pensionen für ehemalige höhere Offiziere unbedingt gespart werden könne, denn es erhalten:

549 pensionirte Generale zusammen.	M. 4 480 000
500 „ Oberste	„ 3 170 000
1600 „ sonstige Stabsoffiziere	„ 6 500 000

also durchschnittlich jeder General M. 8100, jeder Oberst M. 6000 und jeder Stabsoffizier M. 4000 Jahrespension. Dagegen erhalten pensionirte Hauptleute „nur“ M. 1500 bis M. 2500 und Lieutenants gar nur M. 760 Pension.

Man wird nun freilich erwidern, daß höhere Offiziere auch eine ganz andere Stellung im Leben einnehmen als Arbeiter und daß man deren Invalidenrente nicht mit derjenigen der ausgedienten Arbeiter in Vergleich ziehen dürfe.

Darüber läßt sich streiten. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeit auch der höchsten Offiziere schließlich nie den Werth hat, als die Thätigkeit eines Arbeiters, der seine Pflicht erfüllt. Und selbst, wenn gesagt wird, daß der Soldat eventuell Leben und Gesundheit vor dem Feind lassen muß, so behaupten wir, daß dies auch, und viel sicherer, dem Arbeiter in seinem Berufe passiren kann. Wir sind überzeugt, daß die Opfer an Todten und Blessirten der Arbeit seit 1870 bis jetzt bedeutend zahlreicher sind als diejenigen jenes Krieges mit dem sogenannten Erbfeinde.

Die Höhe der obengenannten Pensionen tritt erst in's rechte Licht, wenn man dagegen hält, was der Arbeiter an Invalidenrente bekommt. In den vier Klassen, nach welchen Invalidenrente gezahlt wird, giebt es jährlich

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse
Höchster Satz	157,—	251,—	321,50	415,50
Niedrigster Satz	114,70	124,—	131,15	144,55

Der bestpensionirte Arbeiter erhält also jährlich M. 415,50, der am schlechtesten pensionirte Offizier dagegen M. 760 Invalidenrente. Sind diese Zahlen nicht außerordentlich lehrreich?

Das Schönste bei dieser Sache ist jedoch, daß die höchste Invalidenrente eines Arbeiters nur dadurch zu erlangen ist, daß dieser für 45 Jahre, also 50 Jahre lang wöchentlich (mit Ausnahme der gesetzlich festgestellten Fälle) 15 Pfennig Beitrag leistet, also unter Umständen über M. 350 von seinem verdienten Lohn dafür abgegeben hat. Die allermeisten Arbeiter bringen es jedoch nicht zu der höchsten Rente, denn sie setzt nicht nur den höchsten, sondern auch den anhaltendsten Verdienst voraus; Beides kommt aber zusammen nur recht selten vor.

Wir wissen nun recht gut, daß es neben den oben angeführten Offizieren unter den 60 000 Militärpensionären im Reich eine übergroße Zahl giebt, deren Invalidenrente gleichfalls als äußerst unzureichend betrachtet werden muß, daß auch diese Leute besseren Dank, als den erlangten, verdient haben. Uns liegt aber hauptsächlich zur Pflicht, was die „Krone der Sozialreform“ den Arbeitern bietet, genau festzustellen; deshalb befaßen wir uns nicht weiter mit jener Seite der Medaille. Erschwerend kommt jedoch in Betracht, daß im Gegensatz zu Militärpensionen die Arbeiter

energisch an dem Ausbau der Presse arbeiteten, war es den eifrigsten Bemühungen deutscher Gelehrter nicht möglich, ein Blatt zu gründen, welches die Resultate der Wissenschaft dem öffentlichen Leben übermittelte. Es existirten wohl einige Tageszeitungen, wie z. B. das „Wiener Tageblatt“, diese aber waren vollständig ohne Bedeutung. Erst die große französische Revolution brachte neues Leben auch für die deutsche Presse; zum eigentlichen Bewußtsein ihrer Macht kam sie aber erst durch die 48er Revolution. Die Zeitung, die noch vor hundert Jahren nur für den hohen Adel und die vornehmen Leute bestimmt war, sie ist heute ein zwingendes Bedürfnis für den einfachsten Arbeiter.

Gerade für die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung ist die Presse von außerordentlichem Nutzen gewesen. Das Wort des Redners, die glänzendste Agitationsrede übt nicht solch nachhaltigen Eindruck auf jeden Einzelnen aus wie ein treffender Artikel. Wohl haben wir große Arbeiterorganisationen die Tausende von Mitgliefern zählen, aber ihnen gegenüber steht eine große Masse Indifferenter, die noch nicht zum Bewußtsein ihrer Klassenlage gekommen sind. Diese zu gewinnen, sie mit den Zielen der Arbeiterbewegung vertraut zu machen, das muß immerwährend die Hauptaufgabe der organisierten Arbeiter sein.

Freilich, so lange noch Viele, die sich mit Stolz zu den aufgeklärten Arbeitern rechnen, es nicht einmal für nöthig halten, ihre Gewerkschaftspresse zu lesen, weil „ja doch nichts drin steht“, so lange darf man auch nicht darauf rechnen, mächtige, einflußreiche Organisationen zu besitzen. Möge es sich nur ein Jeder angelegen sein lassen, was in seinen Kräften steht, für den Ausbau selbst der kleinsten Arbeiterzeitung zu wirken, indem er eingedenk sei der Thatsache, welche gewaltige Macht die Presse als geistiges Bindeglied unter Umständen schon gewesen ist und immer sein wird. („Graph. Presse.“)

nicht nur in Form indirekter Besteuerung beim unzulänglichsten Verdienst noch zu den Unkosten der Militärpensionen beitragen müssen, sondern auch Woche für Woche ihr Theil zur einmaligen Rente herzugeben haben. Dabei ist aber der Bezug der Altersrente dem Arbeiter lange nicht so sicher, als den Militärpersonen ihre Invalidenrente, denn Ersterer muß ja erst 70 Jahre alt sein, ehe er sie erlangt, und wie viele von uns heißen nicht viel früher in's Gras?

Aus diesen Vergleichen geht also auf's Ueberzeugendste hervor, welcher krasser Unterschied hinsichtlich der Anerkennung individueller Thätigkeit für das Interesse der Gesamtheit in der Gesetzgebung zum Ausdruck kommt. Ja, man wundert sich trotz solcher Ungerechtigkeiten immer noch, daß wir Arbeiter das „viele Gute“, was die Sozialreform mit sich gebracht haben soll, nicht anerkennen, sondern undankbar seien. Und doch sagt die Bibel schon: „Weil die Ungerechtigkeit überhand nimmt, muß die Liebe in Vielen erkalten!“ (G. Pr.)

Die Gesellenverbände in Deutschland.

Von Dr. Bruno Schönlank.

(Fortsetzung.)

Das Geheimniß der dauernden Erfolge der Gesellenbewegung ist ihre interlokale Organisation. Die Städte- und Meisterbündnisse waren das Vorbild gewesen. Mit dem Fortschritte der wirtschaftlichen Entwicklung und mit der Ausbildung des Wanderwesens wurden die Beziehungen zwischen den Gesellen verschiedener Städte immer inniger. Während die Meisterkoalitionen rasch zerfielen oder auf einen engeren Kreis beschränkt blieben — fehlte ihnen, den an die Scholle Gebundenen, in Kirchthürminteressen Befangenen, doch der freie Blick und die Beweglichkeit der Gesellen — treffen wir bei diesen bald einen Reichtum von Zusammenhängen. Zunächst in kleineren Bezirken schließen sich die Gesellen derselben Gewerkes zusammen. Zonenweise dehnen sich diese Bezirke aus. Im 15. Jahrhundert weist zunächst Südwestdeutschland einen kräftigen Aufschwung des Verbandswesens auf. Im 16. und 17. Jahrhundert ist das ganze deutsche Reich mit einem dichtmasigen Netze von Kartellverbänden überspannt. Schon um 1421 finden im Breisgau Seilertage statt; im Elsaß besteht ein großer Bund der Wagnerknechte. Der Grundgedanke ist stets und allerorten die Zentralkonstitution bestimmter Gewerke, fortschreitend von der engeren zur weiteren Zone bis zur nationalen Vereinigung. Der großartige Bund sämtlicher deutscher Steinmetzen freilich, der mit seinen vier Hauptstätten Wien, Köln, Zürich, Straßburg 1452 in's Leben trat, gehört nicht in den Bereich der eigentlichen Gesellenorganisationen, da in ihm Gesellen, Poliere und Meister infolge der eigenartigen Genese und Ausbildung des Gewerbes vereinigt waren; trotzdem kommt auch hier die spezifische Arbeiterpolitik mehr als einmal zum Durchbruch. Die Zugehörigkeit zu einem lokalen Gesellenverbande sicherte dem Mitgliede die Vortheile der übrigen Verbände seines Gewerkes.

Man kann deutlich verfolgen, wie die Verbandsgelände in demselben Verhältnisse, in welchem die Wanderungsgürtel sich erweitern, größer und umfassender werden. Welchen Einfluß diese regionalen und nationalen Vereinigungen der Gesellen besaßen, die mit eiserner Disziplin ihre Beschlüsse durchsetzten und sich gegenseitig auf das Aufopfernde beistanden, ist bekannt. Man braucht nur an den Zustand der Kolmarer Bäckerknechte 1495 bis 1505 sich zu erinnern; hier knüpfte der Streit an eine kirchliche Angelegenheit an. Die großartigste Kraftprobe der Gesellenverbände im 16. Jahrhundert ist wohl der in Südwestdeutschland mit Glück durchgeführte Kampf um die Erhaltung der Schenken, d. h. der Organisation selbst. Den Anlaß gab der Reichsabschied von 1566, welcher die Abstellung der Schenken anordnete. Die Reichsstädte Ulm, Augsburg, Regensburg, Nürnberg usw. versuchten, diese Anordnung durchzuführen; aber trotz aller Bemühungen scheiterten sie an dem Zusammenhalte der Gesellen, welche über Nürnberg, dessen Rath der Leiter der gesellenfeindlichen Bewegung war, einen wirkungsvollen Boykott verhängten, die Gewerbe fast zum Stillstande brachten und so über die Stadtregierungen nach fast siebenjährigem Kampfe den Sieg davontrogen. Ueberall wirkte die Warnung der Vereinigungen, in Böhmen, Mähren, Preußen, im Süden, im Westen standen die Gesellen einmütig zusammen. In den folgenden Jahrhunderten lassen sich der Fälle noch viele für die Solidarität der Gesellen anführen. Die allgemeine Decadence blieb nicht ohne Einfluß auch auf diese Verhältnisse. Im 17. und 18. Jahrhundert erfolgt ein Rückschlag, die nationalen Bezüge fallen zum Theile fort und es entstehen gesonderte Gruppen mit eigener Gewohnheit und eigenem Grusse (die Gesellen der Seestädte, die sogenannten Oberländer und die der Landstädte). Trotz alledem lebt lange noch über das 16. Jahrhundert hinaus gerade infolge der interlokalen Verbindungen ein „gesunder genossenschaftlicher Geist“ (Schmoller) in der Gesellenchaft. Und es ist nicht unzutreffend gesagt worden, daß die Verbände in dem Chaos des nationalen Niederganges und der Kleinstaaterei das wichtigste soziale Band der Einheit des deutschen Reiches gewesen seien und ein Stück Reichseinheit gerettet hätten.

Die gebräuchlichsten Waffen der Organisation waren die Verurtheilung (das Schmähen, Schelten, Austreiben), der Ausstand, der Boykott. Der Geselle, der gegen das Gesellenrecht verstieß, so gut wie der Meister, der gegen den Verbandsgenossen oder den Verband sich verging, wurde für unredlich erklärt. Jener fand keine Arbeit, dieser keine Arbeiter mehr, bis sie ihr Vergehen gesühnt hatten. Die Achtung ganzer Gewerbe, ganzer Städte war so gebräuchlich wie der Streik. Zu diesen Methoden der Abwehr oder des Angriffes trat der Ausstand; das 18. Jahrhundert ist die Periode der Gesellenaufstände, die mit Gewalt unterdrückt werden müssen. Der Verkehr der Gesellenchaften ist ein reger und in Anbetracht der mittelalterlichen Verkehrsverhältnisse ein rascher gewesen. Wandernde Gesellen, eigene Boten brachten die Nachrichten, die Lauf- und Brandbriefe von Stadt zu Stadt. Wie eine Verurtheilung wirkte, dafür legt beredtes Zeugniß ab der Brief eines Nürnberger Beutlergesellen in Ulm vom Jahre 1536. Der für unredlich erklärte Geselle erhält, trotzdem er bereits sich zu rechtfertigen versucht hat, in Ulm keine Arbeit vor Austrag seines Handelns. „Hab darzu weder essen noch trinken, wie ich mich dan vil tag mit einem redla prots auf schtügen und gassen niderleg. . . bin meines alters im 24. jar, kan ain gut handwerk, wird mir aber zutreiben versperrt, muß also in hungers not ganz armselich mein zeit mit allerlay ansetzung vertreiben, welches turken und hayden erbarung hatten, aber bei dem peulter handwerk und hüngen allhie wirt mir kein barmherzigkeit bewysen.“ Ausgestoßen aus der Genossenschaft, die gegen die Meister sich gewendet hätte, falls sie dem Ehrlosen Arbeit gegeben, irrt er so hilflos umher wie der Wildfang der germanischen Vorzeit.

Vier Geschichtsperioden des deutschen Gesellenwesens lassen sich unterscheiden, die Perioden der ersten Kämpfe, der Blüthe, der Stagnation und des Verfalles. Bis in die Mitte des 15. Jahrhunderts wahren die im 14. Jahrhundert energischer einsetzenden Emanzipationsversuche der Gesellen. Sie haben um die Existenz ihrer Vereinigungen gegen Handwerksmeister und Obrigkeit hart zu streiten. Aber unaushaltbar ist diese Reaktion auf den Niedergang der patriarchalischen Gewerbeverfassung. Man unternimmt es, mit Verboten, mit Ausweisungen, wie 1389 in Basel, sowie mit allen möglichen anderen Gewaltmaßregeln die jugendlichen Regungen des Gesellenstandes zu ersticken. In Danzig bedroht 1385 das Stadregiment die Gesellen, welche die Arbeit einstellen, mit Ohrenabschneiden. Mittelrheinische Städte wollen 1421 die Erbknechte der Gesellen abschaffen und nur kirchliche Korporationen zulassen. Im Norden, im Osten, in Südwestdeutschland wurden städtische und Zunftbündnisse geschlossen, um die Knechte der verschiedenen Bezirke zu bändigen. Es ist Alles umsonst. So sehr Meister und Ehrbarkeit sich abmühen, das Knechtswesen niederzuhalten und das alte Dienst- und Herrschaftsverhältnis zu verewigen, die Anerkennung der Verbände geht dennoch vor sich mit der elementaren Gewalt, welche durch Repressivmaßregeln sich nicht hemmen läßt.

In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts beginnen die Organisationen der Gesellen ein bedeutsamer Faktor des wirtschaftlichen Lebens zu werden, mit welchem die herrschenden Gewalten von großem Interesse sind. Die höchste Blüthezeit währt ungefähr vom letzten Viertel des 15. bis zum zweiten Viertel des 16. Jahrhunderts. Von einer unerträglichen Tyrannei der Knechte über die Meister vor und nach 1500, wie sie Stahl fälschlich annimmt, ist, wie schon Schmoller treffend hervorgehoben hat, keineswegs die Rede. Das Gesellenrecht wird kodifiziert, die Gesellenordnungen fixieren es. Die wirtschaftliche Revolution des Reformationszeitalters verschlechtert die gemerblichen Zustände, der Lebensmaßstab der Gesellen ist gefährdet, die Konflikte werden heftig und zahlreich. Die Macht und Kriegsmächtigkeit der Städte schwindet, der Markt verengt sich zulebends, der Handel verfällt und die Handwerkspolitik wird kleinlich, beschränkt, philiströs wie nie zuvor. Die in ihrem Lebensnerv durch die große ökonomische Krisis jener Epoche bedrohten Handwerke suchen Schutz in der Verschärfung und Fortbildung der ausschließenden, abherrnenden, engherzigen Privilegienwirtschaft. Immer schwieriger wird es für die Gesellen, selbstständig zu werden. Verfeiratete Gesellen waren in der Regel weder den Meistern, noch den Kampfororganisationen der Gesellen willkommen, welche über die bedrohlichen Wirkungen eines verheirateten Gesellenstandes für ihre soziale Bewegung sich klar waren. Das Reservoir der überflüssigen Arbeitskräfte, die Landknechtschaft, der Kriegsdienst blieb zwar in Funktion, der ewige Landfriede hatte aber dem Feldwejen mit seinem Bedarf an wehrfähigen Leuten einen Niegel vorgegeben. Viele verkamen. Was nicht die Landstraße, das fahrende Volk und das Gaunerthum verschlang, das nahm in den Kriegskäufen ein Stück „Geld auf den Lauf“ und trug Speiß und Schlachtschwert, wie später zur Zeit der stehenden Heere im 17. und 18. Jahrhunderte die Soldaten nach J. G. Hoffmann größtentheils frühere Handwerksgelesen gewesen sind. Die festen Korporationen der Gesellen, welche den Unterdrückungsversuchen des Meistertums die Stirne boten, sind diesem ein Dorn im Auge. Und die Reichsgesetzgebung greift zu. (Schluß folgt.)

Einiges über die Zimmererbewegung in Nürnberg.

Als im Jahre 1883 auf dem sogenannten ersten Handwerkerstage der Zimmerer Deutschlands, abgehalten zu Berlin, der noch heute bestehende Verband der Zimmerer Deutschlands gegründet wurde, war Nürnberg eine der ersten Städte mit, welche sich der neugeschaffenen Organi-

ation angeschlossen. Jedoch brachte man es, in Erwägung der circa 5—600 dort beschäftigten Zimmerer, nie zu einer größeren Mitgliederzahl. Die höchste Zahl von Mitgliedern wurde im Jahre 1886 mit 69 erreicht. Dies ist aber jedenfalls, wie man derartige Beobachtungen sehr oft gemacht hat, nur dem Umstande zuzuschreiben, daß die Zimmerer Nürnbergs im genannten Jahre eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden und einen Minimallohn von 35 \mathcal{M} die Stunde forderten, welcher Forderung durch einen Streik der nötige Nachdruck gegeben und dann auch theilweise bewilligt wurde. Nach Beendigung des Streiks ging es dann mit der Organisation wieder zurück, bis sich dieselbe Ende 1886 vollständig auflöste. Als Grund der Auflösung wurde angeführt, weil Nürnberg nicht aus der Hauptkassse unterstützt sei. Welche Motive den damaligen Hauptvorstand in Berlin veranlaßt haben, die Unterstützung zu verweigern, sind uns unbekannt. Jedenfalls dürften wir aber nicht fehlgehen, wenn wir annehmen, daß die Ursache, daß Nürnberg nicht unterstützt wurde, erstens darin zu suchen ist, daß der Lokalverband Nürnberg in finanzieller Beziehung der Hauptkassse gegenüber so gut als garnichts geleistet hatte, denn während des dreijährigen Bestehens des Lokalverbandes sind gerade \mathcal{M} 197,27 an dieselbe abgeführt worden. Jedoch betrachten wir dies nur als nebenfälligen Grund zur ablehnenden Stellung des Vorstandes. Die Hauptursache wird jedenfalls die mangelhafte Organisation in Nürnberg gewesen sein. Wenn von 4—500 Zimmerleuten nur 69 einer Organisation angehören und diese selbst auch erst in der größeren Mehrzahl infolge der Lohnbewegung sich organisiert haben, so ist es den leitenden Personen wahrlich nicht zu verdenken, ja es war sogar ihre Pflicht, darauf hinzuweisen, daß man sich erst organisieren muß, wenn man gedenkt Forderungen zu stellen, damit man diese dann auch event. durch die Macht der Organisation erzwingen kann.

Im Mai des Jahres 1887 fanden sich dann wieder 15 Kameraden zusammen um abermals einen Lokalverband zu gründen. Diese Zahl wurde aber nicht größer, sondern verminderte sich von Quartal zu Quartal. Im vierten Quartal 1889 weist Nürnberg noch 7 Mitglieder auf. Im ersten Quartal 1890 sind es noch drei Einzelzahler der Hauptkassse, welche dann auch ausgeschieden. Vom Mai 1887 bis zur vollständigen Auflösung 1890 wurden im Ganzen \mathcal{M} 99,43 an die Hauptkassse gesandt. Das der ganzen Arbeiterschaft noch im besten Andenken befindliche Jahr 1890 brachte in fast allen Organisationen starke Lohnbewegungen und Streiks hervor. So auch in unserem Beruf. Diese Bewegung erstreckte sich auch über Süddeutschland und besonders Bayern, welche zu einer bedauerlichen, wenn auch nur vorübergehenden, Spaltung unter den Zimmerleuten zwischen Nord und Süd führte. Es erfolgte die Gründung des süddeutschen Zimmerer-Bundes. Auch Nürnberg hatte zu dem ersten Verbandstage der Zimmerer Süddeutschlands, welcher in München tagte, zwei Delegirte entsandt. Eine Organisation bestand momentan nicht mehr unter den Zimmerern in Nürnberg und so war wohl nichts erklärlicher, als daß man sich jetzt dem süddeutschen Zimmererverband angeschlossen. Aber auch diese Organisation löste sich recht bald wieder auf und soll die Zahlstelle Nürnberg, so weit wir unterrichtet sind, irgend welche Gelder an die Hauptkassse des süddeutschen Bundes nicht abgeliefert haben. Nachdem man jetzt bereits drei Organisationen gehabt hatte, wurde nun als vierte ein Fachverein gegründet, welcher noch heute besteht.

Zu Beginn dieses Jahres traten die Kameraden wieder in die Lohnbewegung. Aber einsehend, daß man mit einer Lokalorganisation nicht im Stande sei, den so sehr gefährlichen Zug von fremden Arbeitskräften im Falle eines Streiks fernhalten zu können, wandte man sich an uns, ihnen hierbei hilfreich zur Seite zu stehen. Wir haben in dieser Beziehung gethan was möglich war. Aber freiwillig werden unsere Forderungen, selbst wenn sie noch so gering und gerecht sind, niemals oder nur höchst selten von dem Unternehmerrthum anerkannt. So auch hier.

Es kam zur Arbeitszeinstellung. Jetzt sollte es sich zeigen, ob der bis dahin isolirte Fachverein die nötigen Mittel zur Unterstützung seiner streikenden Mitglieder zur Verfügung hatte oder ob die Zimmerer Nürnbergs den Streik aus eigenen Mitteln aufrecht erhalten konnten. Beides traf nicht zu. Ein Appell an das Solidaritätsgesühl der Zimmerer Deutschlands mußte erlassen werden, was denn auch zur Folge hatte, daß mindestens einige hundert Mark zur Unterstützung eingingen. Ohne Zweifel wäre die finanzielle Unterstützung besser ausgefallen, wenn Nürnberg zum großen Ganzen gehört hätte. Dies sieht auch die große Mehrzahl der dortigen Kameraden jetzt ein und beabsichtigt, wieder eine Zahlstelle des Verbandes der Zimmerer Deutschlands zu gründen.

Der Partikularismus und Egoismus einzelner Personen will dies aber absolut nicht zulassen. Man will an den so gut „bewährten“ Fachverein festhalten und versucht durch allerhand Nebenarten, die Kameraden recht gruselig vor dem Zentralverband zu machen. Hierzu werden Mittel benutzt, die wir leider als anständig nicht mehr bezeichnen können. So unter Anderem sagt man den Kameraden in den Versammlungen, „als wir 1886 in den Streik treten wollten und dies nach Berlin berichteten, erhielten wir von dort die telegraphische Nachricht: „Habt Ihr Geld?“ worauf von hier zurück befehligt wurde: „Nein!“ Darauf kam, oder richtiger soll von Berlin wieder als Antwort gekommen sein: „Wir haben och keens!“ Welchen Zweck diese oder ähnliche Neußerungen haben sollen, liegt für Diejenigen, die etwas weiter denken, nur zu klar auf der Hand. Hoffentlich werden aber die Zimmerer Nürnbergs aus ihrer diesjährigen Lohnbewegung die Lehre gezogen haben, daß es heute mit einem Fach-

verein einfach nichts mehr ist. Allerdings sind die direkten Beiträge in einem lokalen Fachverein geringer, wenn auch nur augenscheinlich, als im Zentralverband. Soll der wirtschaftliche Kampf aber mit Erfolg geführt werden, so dürfen uns einige Pfennige Beitrag mehr nicht abhalten, und alle einer einzigen großen Organisation anzuschließen. Erfahrungen haben die Zimmerer Münchbergs die letzten zwölf Jahre genug gemacht, es gilt jetzt, diese Erfahrungen zu verwerten, und wir zweifeln nicht, daß unsere Kameraden das Richtige treffen werden.

Berichte.

Breslau. Am 30. Juni fand unsere Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom Sommervergütigen. 2. Bericht der Delegierten vom Provinzialverbandstage. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. Die Abrechnung vom Sommervergütigen ergab ein Defizit von M. 19,10. Delegierter Wutke erstattete Bericht vom Provinzial-Verbandstage. (Siehe Protokoll vom vierten Provinzial-Verbandstage der Zimmerer in Schlesien und Posen in Nr. 26.) Der Delegierte Hanel ergänzte Einiges zu demselben. In den Vorstand wurden Wutke als erster, Oswald Obst als zweiter Vorsitzender, Hanel als erster, Wilhelm als zweiter Kassierer, Scholz als erster, Aug. Hahn, als zweiter Schriftführer, Schwob und Feist als Revisoren gewählt. Im „Verschiedenen“ wurde über die zehnstündige Arbeitszeit diskutiert. Mehrere Redner betonten, da voraussichtlich in der Provinz ein Erfolg auf diesem Gebiet für den Augenblick undenkbar sei, mit allen Kräften dahin zu wirken, die zehnstündige Arbeitszeit in Breslau zur Durchführung zu bringen.

Dresden. In der am Donnerstag, den 27. Juni, im kleinen Saale des „Arianon“ abgehaltenen öffentlichen Zimmererverversammlung referierte Genosse Haack über „Die Arbeiter und ihre Feinde“. Ueber Vorträge mit der gleichen Bezeichnung berichteten wir schon öfter und glauben daher, von der Wiederholung des Vortrages absehen zu können. Zum Schluß seiner Ausführungen bezeichnete der Redner als den größten und schlimmsten Feind den Indifferentismus, den Unverstand eines großen Theiles der Arbeiter selbst. Er führte aus, daß, wenn dieser besiegt sei, alle übrigen Feinde der Arbeiter keine Bedeutung mehr hätten. Redner weist darauf hin, wie gerade in unserer Bewegung für Verkürzung der Arbeitszeit sich dieser letzte Feind mit seiner ganzen Macht gezeigt habe und daß nur der Unverstand der hiesigen Bauarbeiter schuld daran sei, daß heute noch 11 Stunden gearbeitet werden müsse. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Neuwahl des Vertrauensmannes für öffentliche Angelegenheiten“, begründete Kamerad Reichert sein Auscheiden aus diesem Amte damit, daß es sein Gesundheitszustand nicht erlaube, diesen Posten noch länger voll und ganz zu vertreten. Es wurde gewählt als Vertrauensmann Hermann Scholz, Nietzschstraße 9, II, als Stellvertreter Gustav Grütner, Kamenzstraße 26, III. Die Kameraden wurden aufgefordert, alle wichtigen Vorgänge, wie Maßregelungen, Lohnabzüge, Arbeitseinstellungen usw. auf Bauten und Zimmerplätzen, dem Vertrauensmann Scholz zu melden, damit stets ein klares Licht über die Situation vorhanden ist und weitere Maßnahmen zur Durchführung der 10stündigen Arbeitszeit für nächstes Jahr getroffen werden können. Ein Redner weist noch zum Schluß darauf hin, daß alle Anwesenden dem Referenten für seine Ausführungen reichen Beifall gezollt hätten, nun möchten aber auch Alle seine Ermahnung beherzigen und unseren ärgsten Feind, den Unverstand der Massen, bekämpfen und besiegen helfen.

Elbing. Am 28. v. Mts. tagte hier selbst eine vom Vorsitzenden, Kamerad Fabert, einberufene außerordentliche Versammlung der Zahlstelle Elbing. Auf der Tagesordnung stand: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Zur Aufnahme gelangten zwei neue Mitglieder. Alsdann wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Durch Zettelabstimmung wurden gewählt: Kamerad Kiemer zum Vorsitzenden, Kamerad Karwei zum Kassierer, Kamerad Schubert zum Schriftführer; ferner per Akklamation zum stellvertretenden Vorsitzenden Fabert, zum stellvertretenden Kassierer Zander, zum stellvertretenden Schriftführer Japp, zu Revisoren Fedbrich und Fiegen.

Frankfurt a. O. Am Dienstag, den 25. Juni, fand hier eine öffentliche Zimmererverversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Die Nothwendigkeit der Organisation und wie stellen sich die Zimmerer Frankfurts zu derselben? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt erhielt Kamerad Ede aus Görlitz das Wort. In längerer Ausführungen schildert Lekturer die Entwicklung des Handwerks und die verschiedenen Wandelungen, denen besonders das Bauhandwerk unterworfen war. Der Kapitalismus habe unsere Lebenslage, wie auch die anderer Arbeiter, immer mehr herabgedrückt. Diefem Zustande Abhilfe zu verschaffen, könne nur durch den Beitritt in die hierfür kämpfende Organisation geschehen. Man fände besonders bei den Zimmerern noch Ueberreste der alten Zunftorganisationen; die Thätigkeit dieser Vereine sei aber gar nicht zu verspüren und sei es einfach unmöglich, daß diese Groschenvereine den Kampf gegen das Unternehmertum zu führen im Stande seien. Ihre Hauptthätigkeit bestesse darin, dem jungen Kameraden bei seinem Eintritt möglichst viele Märkten abzuwickeln und dann hierfür den Humpen zu schenken. Redner schildert dann eingehend das Volksbildungswesen und kommt zu dem Schluß, daß dasselbe noch höchst mangelhaft sei; auch diesem Uebelstande würde der Arbeiter durch seine Mitgliedschaft zu einer

Organisation enthoben, indem letztere für die Ausbildung der Arbeiter in jeder Beziehung Sorge. Durch den Verband der Zimmerer Deutschlands sei jedem Kameraden Gelegenheit gegeben, sich weiter auszubilden, zu dessen Beitritt Redner noch besonders aufforderte und hiermit seinen Vortrag unter reichem Beifall beendete. In einer hierauf anberaumten Pause ließen sich sieben Kameraden aufnehmen. Nachdem in einer längeren Diskussion die örtlichen Arbeitsverhältnisse im Allgemeinen eingehend beleuchtet wurden, gestellte Kamerade Ede das Verhalten der an der Oberbrücke beschäftigten Kameraden, da dasselbe dazu führe, daß hier recht bald die elfstündige Arbeitszeit wieder eingeführt würde. Ferner erklärt Lekturer die so häufig gemachten Bemerkungen: „Das Geld wird ja doch nur nach Hamburg gefandt,“ für grundlos. Durch Zahlen beweist Redner, wie viel die Hauptkasse von jedem einzelnen Mitgliede erhält im Vergleich zu den Leistungen der Hauptkasse. Wollen wir den Kampf führen, so brauchen wir Mittel, und je mehr wir leisten, desto eher werden wir Vortheile zu verzeichnen haben. Hierauf macht der Vorsitzende bekannt, daß unsere Mitgliederversammlung jeden Dienstag nach dem 1. im Monat stattfindet, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Hamburg. Am 18. Juni fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung bei Borge, Kirchenallee (St. Georg), statt, mit folgender Tagesordnung: 1. Befreiung der Arbeitslosen von den Beiträgen. 2. Bericht vom Gewerkschaftsartikel. 3. Agitation in Schleswig-Holstein. 4. Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier am Orte. 5. Sommervergütigen. Das Protokoll der vorigen Versammlung kam nicht zur Verlesung, da dasselbe nicht zur Stelle war. Zum Punkt 1: „Befreiung der Arbeitslosen von den Beiträgen“, war Kamerad Bösenberg der Ansicht, diese Sache des schwachen Besuchs wegen zu verlagern. Die Mehrzahl der Redner war dafür, die arbeitslosen Mitglieder auch fernerhin von den Beiträgen zu befreien. Ein diesbezüglicher Antrag fand Annahme. Auf eine diesbezügliche Mittheilung wurde hierauf der vorstorbene Mitglieder Zula und Lührs durch Erheben von den Sätzen gebacht. Sodann erstattete der Vorsitzende Böttcher Bericht vom Gewerkschaftsartikel. Er bemerkte unter Anderem, daß vom Kartell ein vollständiger Bericht ausgegeben würde, aus dem die stattgefundenen Streiks, Lohnbewegungen, sowie Ausgaben und Einnahmen zu ersehen seien. Zu Punkt 3: „Agitation in Schleswig-Holstein“, konnte man noch keine Stellung nehmen, da der erst neu gewählte Vorstand nicht zu bestimmen wußte, welche Orte der Hamburger Zahlstelle vom Agitationscomité zur Bearbeitung zugetheilt worden sind. Zu Punkt 4 gab Kamerad Klaasen der Ansicht Ausdruck, daß nicht immer die Meister schuld daran seien, wenn Unregelmäßigkeiten auf der Arbeitsstätte vorkämen, sondern auch sehr viel die Polizei, wie dieses die letzte Lohn Differenz bei Noß ergeben habe. Kamerad Storchmann bemerkte jedoch, daß bei derartigen Fällen die betreffenden Meister es für gut befänden, die Schuld auf andere abzuwälzen. Der Vorsitzende ersuchte noch darum, auf alle Unregelmäßigkeiten aufmerksam zu machen. Da im Allgemeinen die Stimmung für Abhaltung eines Sommervergütigen war, beschloß man, ein solches abzuhalten. Das Arrangement wurde dem Vorstand überlassen. Nach längerer Diskussion blieb der frühere Beschluß, Bezirksversammlungen abzuhalten, bestehen, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

— Eine öffentliche Versammlung der Zimmerer von Barmbeck, Elbe und Uhlenhorst tagte am 4. Juli bei R. Ellerbrock, Hamburgerstraße. Nach Erledigung der Bureauwahl erhält Genosse Kölle das Wort zu einem Vortrage über Zweck und Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Redner weist zunächst darauf hin, daß in letzter Zeit schon viel über dieses Thema geschrieben und gesprochen worden sei und könne es deshalb nicht darauf ankommen, immer etwas Neues aufzuführen, sondern Aufgabe der Versammlungen sei, sich immer auf's Neue die Punkte vor Augen zu führen, welche die absolute Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisirung bedingen. Die gewerkschaftlichen Vereine seien weiter nichts, als das absolut nothwendige Produkt der ökonomischen Verhältnisse in dem Entwicklungsgang der bürgerlichen Gesellschaft. In den Ländern, wo sich die kapitalistische Wirtschaftsweise am ersten bemerkbar machte, bildeten sich auch die ersten Koalitionen. Wie bei den früher schon bestehenden Organisationen: Gewerkschaften usw., die Arbeitgeber durch theilweise Unterstützung dieser ein bedeutendes Interesse daran hatten, dem Arbeiter keinen tieferen Einblick in die sozialen Verhältnisse zu gewähren, kommt es der Unternehmerschaft heute darauf an, die nunmehr bestehenden modernen Organisationen entweder gänzlich zu beseitigen oder deren Thätigkeit zu vermindern, und sei gerade dieses ein netter Beweis, daß die jetzigen Organisationen nicht zwecklos seien, sonst würden sie den Arbeitgebern nicht ein so stehender Dorn im Auge sein. Redner führt weiter aus, daß in England zuerst mit den Zunftorganisationen gebrochen und hierdurch der gewerkschaftlichen Organisation dort ein neuer Odem eingebläst wurde. So bedeutende Kämpfe, wie diese, habe die deutsche Gewerkschaftsbewegung nicht zu verzeichnen, da hier von Anfang an mehr Gewicht auf die politischen Organisationen gelegt wurde, ferner die gewerkschaftliche Organisation gar keine Zeit hatte, sich zu etwas Großem heranzubilden, weil sie von Beginn an um die Koalitionsfreiheit zu kämpfen hatte. Der Referent beleuchtet sodann die wirtschaftlichen Zustände zu Ende der 40er Jahre, wie sich das französische Bürgerthum ein Recht zu erkämpfen wagte, wofür es niederträchtig wurde, erwähnt des kommunistischen Manifestes, welches klar und deutlich

aus spreche, wie sich die Arbeiter als Klasse zu organisieren haben. Die Lehre Lassalles kurz berührend, zieht Redner die Gewährung der Koalitionsfreiheit im Jahre 1869 hervor und zeigt, wie sich von nun an die Gewerkschaftsbewegung, allerdings unter allerhand inneren und äußeren Kämpfen, allmählig empor gearbeitet. Die Harmonielehre von May Hirsch in den Bereich seiner Betrachtungen ziehend, weist der Referent die Unmöglichkeit eines harmonischen Zusammenarbeitens in dem heutigen Wirtschaftssystem zwischen Arbeiter und Arbeitgeber nach. Weiter giebt der Vortragende zu erkennen, daß es für die Arbeiter nicht genüge, der Unternehmlichkeit von Zeit zu Zeit eine Lohnaufbesserung usw. abzurufen, sondern der Kampf müsse dauernd geführt werden. Der Unternehmer trete als Typus einer Klasse mit einem gewissen Monopol auf und habe der Arbeiter stets auf der Hut zu sein, um erstens einen etwaigen Uebergriff abzuwehren zu können, andererseits aber auch jede Gelegenheit zu benutzen, um sich einen Aufschwung seiner Lebenslage zu verschaffen. Die so häufig vom Stapel gelassene Bemerkung der Indifferenten resp. Kampfesmüden: „Es nützt ja doch nichts!“ unter Beweisführung des Gegentheils einer scharfen Kritik unterziehend, verbreitet Redner sich auf den Zustand der Hamburger Gewerkschaftsorganisationen. Wenn man Hamburg bisher stets als die Hochburg der Sozialdemokratie bezeichnet habe, so geschah dieses mit Recht, doch der enorme Rückgang der Gewerkschaftsvereine lege gerade kein Zeugniß für die Berechtigung eines solchen Monopols im Besig der Hamburger Arbeiterschaft ab. Thatsache sei es, daß die politische Organisation in Hamburg den Vorderplatz einnehme, doch sei ernstlich davor zu warnen, sich der Meinung zu unterwerfen, die gewerkschaftliche Organisation sei deshalb zwecklos event. überflüssig. Die Gewerkschaftsbewegung habe der Sozialdemokratie die Vorkruppen zu liefern. Bis zur Erreichung der politischen Ziele habe man sich zu kräftigen durch Verbesserung der sozialen Stellung, und dazu gehöre die Gewerkschaftsbewegung. Redner erwähnt noch der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 hinsichtlich der Staatsbetriebe, welche der Privatunternehmerschaft als Musteranstalten dienen sollten, leider werde dem Arbeiter gerade hier die Koalitionsfreiheit entzogen. Sich in längeren Ausführungen über die Streiks verbreitend, schließt Redner seinen Vortrag mit einer Ermahnung an die Unorganisirten, sich dem Verbanne der Zimmerer anzuschließen, um hierdurch mitzuhelfen an der Befreiung der Arbeit vom Kapital. Dem Redner wurde reichlicher Beifall zu Theil. An der Diskussion beteiligten sich Niemeier und Schraber, welche auf die Verhältnisse im Zimmergewerbe, Vorkommnisse bei den diesjährigen Ausstellungsarbeiten, den 1890er Streik usw. zurückgriffen und hiermit die Nothwendigkeit der Angehörigkeit des Verbandes der Zimmerer begründeten. Nachdem auch noch vom Leiter der Versammlung aufgefordert worden, soweit es noch nicht geschehen, sich der Organisation anzuschließen, erfolgte 10½ Uhr Schluß der von circa 100 Zimmerern besuchten Versammlung.

Sildesheim. Am Dienstag, den 24. Juni, tagte hier eine öffentliche Zimmererverversammlung, die leider nur schwach besucht war. Referent Bret aus Hannover hielt einen Vortrag über: „Zweck und Nutzen der Organisation.“ Er besprach die wirtschaftliche Lage der Zimmerer und führte an, daß nur durch eine einheitliche Organisation dem Unternehmertum ein Damm entgegengesetzt werden könne, und darum sei es Pflicht eines jeden Kameraden, für die Ausbreitung unserer Organisation so viel wie in seinen Kräften steht, beizutragen, nur dadurch könne unsere Lage gebessert werden. Im zweiten Punkt der Tagesordnung: „Bericht der Gewerkschaftskommission“, berichtet der Vorsitzende, daß hier ein Gewerbebericht errichtet sei und am 1. Juli in Kraft trete, in das Leute gewählt seien, die die Interessen der Arbeiterschaft voll und ganz vertreten werden. Im dritten Punkt: „Verschiedenes“, ist zu erwähnen, daß leider keiner von den uns fernstehenden Kameraden anwesend war.

Leipzig. Die am 2. Juli stattgefundenen öffentliche Zimmererverversammlung beschäftigte sich mit der Frage: „Wie stellen wir uns dem Verhalten der Arbeitgeber gegenüber?“ Zunächst wurde das der Kommission zugegangene Antwortschreiben der Arbeitgeber verlesen, worin mitgetheilt wurde, daß die Zimmerer durch die immer mehr in Gebrauch kommende Eisenkonstruktion, sowie durch die immer mehr fortschreitende Technik sehr gedrückt würden, und sich deshalb der Lohn von 42 S pro Stunde verantworten ließe. Da aber der Zimmerer im Winter eine längere Arbeitszeit als der Maurer habe, ließe sich die Forderung den Maurern gegenüber nicht gleichstellen. Die Versammlung erachtete diese angeführten Gründe als durchaus hinfällig und nahm nach langer Debatte folgende Resolution einstimmig an: „Die Versammlung erachtet die vom Arbeitgeber und angeführten Gründe als vollständig genügende Beweise dafür, daß eine Lohnaufbesserung für die Zimmerer unbedingt nothwendig ist, und beauftragt die Kommission, nochmals mit den Arbeitgebern in Verbindung zu treten. Ferner verspricht die Versammlung, mit allen ihr gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, um diese Beschlüsse durchzuführen.“ Weiter wurde beschlossen, auf allen Plätzen, wo noch nicht 40 S bezahlt werden, an die Arbeitgeber heranzutreten, resp. die Kommission hiervon in Kenntniß zu setzen.

Hilau. Am 24. Juni hielt der hiesige Lokalverband seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Wahl eines Kolporteurs für Hilau. 3. Berichterstattung des Delegierten vom Provinzialverbandstage zu Siegnitz

4. Verschiedenes. Zunächst wurde Julius Döfler zum ersten, August Brade zum zweiten Vorsitzenden, Ernst Brade zum Kassierer, August Klot als Schriftführer, Ernst Fischer und Ernst Brokel als Revisoren gewählt. Ernst Blach wurde zum Kolporteur für Ostlau gewählt. Nachdem der Delegierte Bericht erstattet hatte, erfolgte, da zu „Verschiedenes“ nichts vorlag, Schluß der Versammlung.

Schweid. Am 29. Juni hielt der hiesige Lokverband seine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: Aufnahme neuer Mitglieder. Vorlesung Vereinsangelegenheiten. Erheben der Beiträge. Verschiedenes. Nachdem der erste Punkt erledigt war, wurde zur Vorlesung übergegangen über das Vereins- und Versammlungsrecht, woran sich eine kurze Diskussion schloß. Im dritten Punkt, Vereinsangelegenheiten, wurde von einzelnen Kameraden in Anregung gebracht, binnen Kurzem ein Vergütigen zu veranstalten, welcher Antrag aber von der Mehrzahl der Kameraden bekämpft wurde, weil wir erst im Ersten begriffen sind, und vorläufig noch etwas Anderes zu thun haben als Vergütigungen zu veranstalten. Hierauf wurden während einer kurzen Pause die Beiträge erhoben. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Sternberg i. M. Unsere allmonatlich bestimmte Mitgliederversammlung war am 30. Juni leider nur mäßig besucht. Seitens des Kassierers wurde ausgeführt, daß das Mitglied F. Löwe (Buch-Nr. 13 519) ohne Anmeldung abgereicht sei, und ohne seine drei Monate rückständigen Beiträge entrichtet zu haben; ferner habe derselbe noch eine persönliche Schuld von M. 6,50 an Obigen abzutragen. Nach Erledigung einiger unennenswerther Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Stuttgart. Zwei öffentliche Bauhandwerkerversammlungen, in welchen der Herausgeber des „Zimmerer“, Herr A. Bringmann aus Hamburg, über „Die Unfallgefahr im Baugewerbe und die notwendige Weiterbildung des Arbeiterschutzes“ einen Vortrag hielt, fanden am 1. und 2. Juli im großen Saale des „Hirsch“ statt, und waren trotz der den Tag über herrschenden tropischen Hitze zahlreich besucht. Redner führte den Anwesenden an der Hand der Jahresberichte der Berufsgenossenschaft für das Bauhandwerk die Art und Zahl der die Bauhandwerker bedrohenden Unfälle vor Augen. Es waren solche in den Jahren 1886—93 in Deutschland 158,959 und in Württemberg 4710, gewiß genug, um es begreiflich erscheinen zu lassen, warum die Arbeiter wirksamere Schutzbestimmungen anstreben. Der Referent besprach des Weiteren auch die Ursachen der vielen Unfälle, die sehr oft in dem verberlichen Submissionswesen und in einer verwerflichen Bauspekulation begründet sind. Die Mangelhaftigkeit, die Unfallgefahr für den Arbeiter zu vermindern, ist durch Zünnungen nicht zu erreichen, sie kann nur geschaffen werden durch die Gesetzgebung oder kräftige Arbeiterorganisationen. Es ist also einmal Aufgabe aller Bauhandwerker, im Verein mit den übrigen Arbeitern die Gesetzgebung zu beeinflussen und zum Anderen mit aller Kraft dafür zu wirken, daß wenigstens die Mehrzahl der Berufsangehörigen den bestehenden Organisationen beitrete. Die Organisation soll durch Verkürzung der Arbeitszeit und durch Einführung eines ordentlichen Lohn- und Grundlohnens die Grundlagen schaffen, die eine wesentliche Verminderung der Unfallgefahr bedingen würden. Der Referent forderte die Anwesenden auf, den Organisationen beizutreten, um energisch besseren Arbeiterschutz anstreben zu können, denn die Meister, welche heute schon auf dem Standpunkt stehen, daß die gewählten Unfallrenten die Ursache der vielen Unfälle seien, würden doch nie von selbst etwas thun, um den Arbeiter und seine Familie vor Schaden zu bewahren. Nach dem von der Versammlung sehr dankbar aufgenommenen Referat entspann sich noch eine lange Debatte (die durch eine richtige Leitung der Versammlung wohl hätte verkürzt werden können), so daß die Versammlung erst gegen 11 1/2 Uhr geschlossen werden konnte.

Wilhelmsburg. Am 30. Juni fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Vorstandswahl. 2. Verschiedenes. Die Versammlung wurde um 4 Uhr eröffnet, worauf folgende Mitglieder in den Vorstand gewählt wurden: Kamerad Dreves als erster Vorsitzender, Koch als zweiter Vorsitzender, Wittag als Kassierer und Thönsohn als Schriftführer. Zu „Verschiedenes“ stellte Kamerad Wittag den Antrag, denjenigen Mitgliedern, welche 13 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, künftig keinen „Zimmerer“ mehr zuzustellen. Dieser Antrag wird nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Ferner betonte Wittag, daß es nunmehr notwendig sei, ernsthaft daran zu gehen, den bei den Wering'schen Zimmerarbeiten beschäftigten Mitgliedern zu dem ordentlichen Tagelohne zu verhelfen. Hierzu beschließt man, dieses einer öffentlichen Bauarbeiterversammlung zu überlassen, welche binnen Kurzem stattfinden soll und zu welcher Kamerad Bringmann aus Hamburg eingeladen werden soll. Nachdem vom Vorsitzenden noch aufgefordert, in benannter Versammlung auch Alle am Platze zu sein, erfolgt um 5 1/2 Uhr Schluß der Versammlung.

Baugewerbliches.

Mißstände im Baugewerbe. In Heidelberg läßt sich dicht am Bahnhof ein gewisser Koflenhändler Rohr ein Haus erbauen. Dasselbe war am 22. Juni nahezu richtfertig, die Balken waren in keiner Etage abgedeckt, das Gerüst um die Ringwände war mit wenigen Lauen zusammengebunden, die Streichstangen lagerten weder auf Knäden noch auf Klammern, sie wurden nur von den Lauen kümmerlich festgehalten. Brustwehren waren nicht angebracht.

In Saarbrücken in der Allenstraße werden mehrere Neubauten aufgeführt. Die Gerüste entsprechen hier am wenigsten den Unfallverhütungsvorschriften der südwestlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft. An einem Bau arbeiteten die Maurer auf zwei übereinander liegenden Gerüsten, die so undicht waren, daß ganz bequem ein Mauerstein durchfallen konnte.

Vor den Bauten bereiten die Steinmeger Steine zu, so daß der ganze Raum einen großen Steinmehplatz bildet. Zwischen diesen Steinen, diversen Schutt-, Erd-, Sand- und Mauersteinhaufen und Kalkgruben liegt das richtfertige Holz. An einem Bau wurde das Holz aufgeföhren, ohne daß der Platz geräumt worden wäre oder die Steinmeger und andere Arbeiter dort so lange aufgeföhrt hätten zu arbeiten. Der Platz vor dem Bau bildete also ein höchst lebensgefährliches Durcheinander.

Die Unfallverhütungsvorschriften hingen wie zum Hohn auf jedem Bau aus, und zwar außerhalb des Baues. Jedenfalls um die am Bau Vorübergehenden auf die Vorschriften leicht aufmerksam zu machen, hat man diese 4—5 Meter hoch an die Gerüste befestigt; zu lesen sind dieselben von unten ablosol nicht.

Ein Neubau war als Rohbau bereits fertig, innerhalb desselben wurde der übliche Lehm Schlag auf die Stakung gebracht. Damit ist in der obersten Etage angefangen worden — unsere Leser werden wissen warum — nun läuft der gut nachgemachte Lehm durch die Stakung teilweise durch und besudelt die darunter beschäftigten Arbeiter derartig, daß sie wie aus einer Lehmgrube herausgezogen aussehen.

In Karlsruhe, in der Marienstraße werden eine größere Anzahl Neubauten aufgeführt, dieselben befinden sich in den verschiedensten Stadien; zur eingehenden Besichtigung derselben würden zwei Tage nötig sein, indessen läßt sich gleich von der Straße aus, im Vorbeigehen konstatieren, daß die Balkenlagen nur teilweise und auf keinem Bau vollständig abgedeckt sind, die offenen Stellen sind auch nicht umfriedigt, dabei arbeiten aber auf mehreren Bauten Arbeiter über-, resp. unter einander.

Die Außengerüste sind in der schon oft erwähnten sterblichen Weise hergestellt. Das Bindetauerwerk scheint meist nur per Form angewandt worden zu sein; im Allgemeinen werden die Gerüste lediglich durch eingeschlagene eiserne Klammern zusammengehalten, was um so lebensgefährlicher ist, da nur Rundhölzer verwendet werden.

Aber auch ganz nahe dem Schlosse werden die Bauten in dieser Weise aufgeführt, so an der Ecke der Ritter- und Zirkelstraße. Dieser Neubau ist bereits gerichtet, oben arbeiten noch Zimmerer, Dachdecker und Klempner, darunter Maurer und Staker und doch befindet sich nicht einmal eine abgedeckte Balkenlage in dem Bau.

An der Ecke der Zirkel- und Walsstraße stellen Zimmerleute ein Gerüst auf, auf dem ein fahrbarer Kran zum Aufwinden der Steine angebracht werden soll. Dieses Gerüst ist nicht etwa regelrecht abgeunden, sondern besteht einfach aus runden Gerüststangen, die durch runde und theils durch flache Streichstangen zusammengehalten werden. Diese Streichstangen sind lediglich nur durch eingeschlagene eiserne Klammern mit den Gerüststangen verbunden. Der Querverband ist in derselben mangelhaften Weise hergestellt. Etwa 3 1/2 Stagen hoch soll der Kran funktionieren. Es ist, etwa ein Meter tiefer, auf der Außenseite des Gerüsts eine Laufbrücke angebracht, die kaum einen Meter breit sein dürfte; von dieser Brücke aus wird später der Kran bedient, jetzt arbeiten die Zimmerer darauf. Getragen wird die Laufbrücke von Böcken, diese werden von horizontal angenagelten Brettern, die von Brettern in der Form der Kopfbänder, gestützt werden, gebildet. Auf dieser höchst widrigen Laufbrücke müssen von den Zimmerleuten schwere Lasten gehoben werden und dazu kommt, daß an der Laufbrücke keine Brustwehr angebracht ist und daß auch später keine angebracht wird.

In Freiburg i. B. und in Straßburg i. E. wird auf das Leben und die Gesundheit der Bauarbeiter ebenjowenig Rücksicht genommen. Es werden weder Balken abgedeckt noch Gerüste mit Brustwehren versehen. In Straßburg wurde in einer Versammlung am 2. Juli von mehreren Bauarbeitern berichtet, daß sich die Aborte auf Neubauten gewöhnlich dicht bei den Gebäuden befinden, weshalb Letztere so gut als garnicht benutzt werden können, also das Essen in der Regel im Freien eingenommen werden muß.

Im Bereiche der Württembergischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft sieht es nicht besser aus, als im Bereiche der Süd-Westlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, einige Beispiele werden das sofort bestätigen.

In Heilbronn, in der Nähe des alten Kirchhofes, ist ein Neubau aufgeführt worden, das Gerüst an der Vorderfront ist beim Putzen teilweise besetzt, so daß nur noch die Gerüststangen stehen geblieben sind. In der dritten Etage ist nun für Klempner und Dachdecker ein Gerüst in folgender Weise hergestellt worden: An die Gerüststangen sind Nektiegel angeklammert, die mit ihrem anderen Ende auf einem 10 Centimeter breitem Gefims aufliegen. Auf diesen Nektiegeln ruhen drei Bretter nebeneinander, nach dem Innern des Baues scheint gar keine Verbindung zu bestehen. Die Dachdecker und Klempner arbeiten also thatsächlich frei in der Luft.

In Stuttgart werden die Gerüste zu den fahrbaren Kränen in derselben Weise hergestellt, als weiter oben aus Karlsruhe berichtet worden ist. Nur verbindet man in Stuttgart die Gerüststangen mit den Streichstangen durch eiserne Bolzen. Beim Aufrichten solcher Gerüste werden die Streichstangen vermittels Klammern an die Gerüststangen befestigt, dann steigt ein Zimmerer vermittels „Steigeisens“ an den Gerüststangen hoch,

schlingt ein Tau um die Gerüststange und befestigt sich daran, dann bohrt er in dieser miserablen Stellung durch die Streichstange und Gerüststange und zieht dann den Bolzen ein. Diese Arbeit ist höchst lebensgefährlich.

Brückeneinsturz. Aus Hannover wird vom Freitag berichtet: Die sogen. Zimmerbrücke, die unmittelbar vor der Schwaneburg über die Leine führt, ist gestern Nachmittag eingestürzt. Die Brücke war schon alt und daher seit längerer Zeit für Fußwerk gesperrt. Die Ursache des Zusammensturzes scheint darin zu liegen, daß die Widerlager für den durch das Erdreich ausgeübten Druck zu schwach waren und zusammenstürzten. Der zehnjährige Knabe Hoff, welcher sich zufällig auf der Brücke befand, wurde mit hinabgerissen und konnte erst später als Leiche unter den Steinmassen hervorgezogen werden.

Ein Brückeneinsturz in Bristol, Staat Indiana, hat am Freitag furchtbare Folgen gehabt. Ein Kabeltelegramm meldet über den Vorfall: Eine Brücke führte hier ein, wodurch 600 Personen, welche einer Bootstregatta zusahen, aus einer Höhe von 40 Fuß in's Wasser fielen. Vierzig Personen sind verletzt, darunter mehrere sehr schwer.

Sozialpolitisches.

Gegen das Koalitionsrecht der Beamten sprach sich der Österreichische Ministerpräsident im Abgeordnetenhaus aus. Er sagte:

„Die Regierung kann nicht dulden, daß die Beamten an besonderen Tagen Beschlüsse fassen und Forderungen aufstellen, wenn schon ihnen das Reitionsrecht freisteht.“

Weiter fand dieser schamlose Hohn auf das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht durch den ersten Beamten des Landes keine gebührende Antwort.

Die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts ist in Paris für die Volksschule bereits durchgeführt, und zwar so weit, daß den Kindern sogar eine Mahlzeit geliefert wird. Jetzt hat der Pariser Gemeinderath auch für alle übrigen Gemeindefschulen — Fachschulen, Gymnasien (Collèges), Realschulen zc. — die Unentgeltlichkeit beschlossen. Damit nun keine ungerechte Belastung der ärmeren Klassen stattfindet, deren Kinder nur ausnahmsweise in die höheren Schulen gehen können, so ist gleichzeitig eine progressive Schulsteuer beschlossen worden, durch welche die tragfähigen Schultern getroffen und Bevölkerungsschichten, die den Hauptvortheil haben, auch in entsprechendem Maße zu den Kosten herangezogen werden.

Der Beschluß des Gemeinderaths bedarf allerdings noch der Bestätigung der Regierung, und es ist keineswegs sicher, daß sie zu einer so gefährlichen Maßregel, wie der progressiven Schulsteuer, die ja eine Art progressiver Einkommensteuer ist, ihre Zustimmung geben wird. Die progressive Einkommensteuer ist für die französische Bourgeoisie ein wahrer Baubau und gilt ihr — Herr Miquel braucht nicht zu erschrecken — als der denkbar revolutionärste Sozialismus.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Wegen Nichtbewilligung des geforderten Stundenlohnes von 40 \mathcal{L} legten am Dienstag, den 9. Juli, die Zimmerer von Halle a. S. und Umgegend die Arbeit nieder. Die Stimmung unter den Streikenden ist eine gute. Bezug ist streng fernzuhalten. Ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Nummer.

Hamburg. Fünf öffentliche Versammlungen der Zimmerer von Hamburg und Umgegend fanden am 2., 3. und 4. Juli in verschiedenen Bezirken statt, welche sich mit dem Thema: „Zweck und Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation“, beschäftigten. Ob diese Versammlungen ihren Zweck erreichten, bleibt abzuwarten, jedenfalls zeugt der leider verhältnismäßig schwache Besuch für die Grundlosigkeit der Behauptung, daß das für einige Stadttheile etwas entfernt gelegene Versammlungstotal: „Englische Livoll“ an dem in letzter Zeit so häufigen Versammlungsbesuch Schuld trage. Nein — die Hauptursache des schlechten Versammlungsbesuches ist eine in letzterer Zeit ergebendere frappierende Gleichgültigkeit eines Theiles der Verbandsmittelglieder, welche glauben, nur dann nöthig zu haben, in die Versammlungen zu gehen, wenn es heißt: „Es wird seitens der Arbeitgeber etwas in Schilde geführt.“ Nun, hoffen wir, daß bis jetzt noch nichts im Schilde geführt wird, wenn dieses auch andererseits vielleicht dazu beitragen würde, einen besseren Versammlungsbesuch zu erzeugen. Zu erwähnen ist ferner, daß Bauhandwerker hier eigentlich gar keine Ursache haben, sich vor Extravaganzen der Arbeitgeber so gänzlich sicher zu fühlen, wenn man in Betracht zieht, daß vom Staate schon der Anfang gemacht wurde, den Lohn herabzudrücken, ferner auch Privatinstiute dieses theilweise bereits nachahmten. Möge man doch endlich begreifen, daß es nicht genügt, Mitglied einer Organisation zu sein, indem man seine Beiträge bezahlt und sich um weiter nichts kümmert, sondern daß es versch... Pflicht eines jeden Mitgliedes ist, durch stetigen Besuch der Versammlungen das Machtbewußtsein der Organisation zu stärken.

In Halle a. S. schlossen sich die Maurer-Arbeitsleute und die Zimmerer der Lohnbewegung der Maurer an; die Ersteren werden jetzt mit 20 bis 24, die Letzteren mit 28 bis 32 \mathcal{L} Stundenlohn abgefunden.

Die Maurer Braunschweigs stellten an die Unternehmer die Forderung, einen Stundenlohn von 42 $\frac{1}{2}$ zu bewilligen. Einige Unternehmer antworteten mit der Aussperrung ihrer Arbeiter. Die Maurer beschlossen deshalb in öffentlicher Versammlung, über die betreffenden Bauunternehmer die Sperre zu verhängen. Alle auswärtigen Maurer werden um Fernhaltung des Zugangs nach Braunschweig gebeten.

In Köppelsdorf in Sachsen-Meiningen haben sämtliche Arbeiter der Firma Dressel & Koch wegen Lohnbifferenzen und wegen Maßregelung einiger Kollegen die Arbeit niedergelegt. Es wird gebeten, Zugang strengstens fernzuhalten.

Die Maler und Lackierer in Leipzig streben Webererringung des 1889er Lohnes unter Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden an.

In Dresden hat der Streik der Stuhlpolierer bei D. Neumann, Birkenstraße 29, mit dem Siege der Arbeiter geendigt. Ihre Forderungen sind sämtlich bewilligt.

Aus Fürth wird gemeldet, daß die bei den Mitgliedern des Holzindustriellen-Verbandes beschäftigten Tischler nächste Woche sämtlich ausgesperrt werden sollen, wenn bei Eßler in Nürnberg die Streikenden nicht wieder zur Arbeit zurückkehren. Diesen sauberen Plan der Kapitalproben glossiert unser Nürnberger Partei-Organ, die „Fränkische Tagespost“, wie folgt: Es lämen dabei etwa 800—1000 Arbeiter auf die einfachste Weise zur eineinhalbstündigen Mittagspause. Denn daß die Arbeiter einen derartigen Gewaltstreik des wahnwitzigen Unternehmerrthums mit Gegenforderungen beantworten werden, liegt außer allem Zweifel. Im Uebrigen beweist das Vorgehen der Holzindustriellen, daß die Lage des Herrn Eßler und seiner Bundesgenossen eine verzweifelte ist. Die Nürnberger Holzarbeiter siegen, wenn sie ausharren, dafür bürgt die Erregung der Unternehmer.

In Nürnberg haben nun sämtliche Schmiebe und Kesselschmiede der Maschinenfabrik von Scharrer & Groß die Arbeit niedergelegt, nachdem die Verhandlungen über die schwebenden Differenzen zu nichts geführt hatten. Es wird um strenge Vermeidung des Zugangs ersucht.

Einige Tischlerei-Inhaber haben ihr Personal ausgesperrt, weil die streikenden Tischler der Firma J. M. Eßler die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen wollen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Im Ganzen sind bis jetzt 100 Arbeiter ausgesperrt, meist Tischler und Maschinenarbeiter. 79 davon sind organisiert, 21 nicht.

Der Ausstand in der Metallschlägerei von U. Boronow in Breslau ist, wie die „Volkswacht“ meldet, als beendet anzusehen, nachdem der größte Theil der von den Arbeitern und Arbeiterinnen aufgestellten Forderungen bewilligt wurde.

Auf dem Rittergute Canena bei Halle legten die Sachsengänger (Männer und Frauen) die Arbeit nieder und dampften in ihre Heimath ab wegen zu niedriger Ohne (M. 7,50 bis 8).

Der Maurerstreik in Meran in Tirol ist nach dreiwöchiger Dauer durch Vermittelung des Gewerbeinspektors beigelegt worden. Die Maurer haben eine halbstündige Verkürzung der Arbeitszeit erreicht.

Vor Zugang von Mauern nach Kopenhagen wird gewarnt. Zahlreiche Maurer sind dort arbeitslos, so daß die in deutschen Blättern annoncirten Maurergeruche nur von Unternehmern ausgehen können, die die Arbeitsbedingungen der Maurer Kopenhagens verschlechtern möchten.

Gewerkschaftskongress in Irland. Am 3. u. 4. und 5. Juni wurde ein Kongress von irländischen Gewerkschaften und Arbeiterverbindungen in dem South Hall Assembly Rooms zu Cork unter Leitung des Vorsitzenden der Vereinigten Gewerbeverbände von Cork, J. H. Jolly, abgehalten. Nach dem Berichte des Ordnungsausschusses waren 150 Abgeordnete anwesend, welche 50 000 Angehörige von Gewerbeverbänden vertraten. Die wichtigsten Beschlüsse betrafen die Aufmunterung und Entwicklung der heimathlichen Gewerbe von Irland, die Beobachtung anständiger Bedingungen bei öffentlichen Kontrakten, die Einführung besserer Zustände in den Werkstätten, das Verbot der Nacharbeit in den Bäckereien, die Arbeit in Militärwerkstätten, Besserungsanstalten usw. für fremde Rechnung, die Ausnutzung der Knabenarbeit, die Arbeitslosen, die Verstaatlichung der Eisenbahnen und der Bäckereien, ein Arbeitsministerium, einen achtstündigen Arbeitstag, Staatsrenten, die Produktgenossenschaften und andere Gegenstände.

Polizeiliches und Gerichtliches.

In Nürnberg wurde der Redakteur der „Fränkischen Tagespost“ und der „Fürther Bürger-Zeitung“, Genosse Gärtner, vom Schwurgericht wegen Verurtheilung zu einem Monat Gefängniß verurtheilt, weil er in Sachen des Streiks bei Marschütz eine ihm zugesandte Mittheilung folgenden Inhalts veröffentlichte: „Wir geben bekannt, daß der Schlosser Aug. Dörr jr., Wirthschaft „Zum Gambrinus“, Marienstraße, gestern

früh an den Streikenden zum Verräther geworden ist. Das Streikcomité.“ Der Einsender der Mittheilung, ein von der Anklage als Anarchist bezeichneter Arbeiter Namens Müller, früher in Frankfurt a. M. und Neumarkt i. N., der außer der Berufserklärung und der Bedrohung noch des Betrugsversuchs beschuldigt wurde, erhielt wegen beider Vergehen 8 Monate Gefängniß. Der Betrugsversuch ist darin erblickt worden, daß Müller an die Firma Hillmann, Herbert u. Cooper einen Brief richtete, wonach die Firma Marschütz gelegentlich des Streiks bei ersterer (die nicht der Unternehmer-Koalition angehört) an die Streikenden M. 3000 gezahlt habe; die Firma Hillmann, Herbert u. Cooper solle sich jetzt rebanciren, indem sie einen Theil jenes Betrages an die jetzt Streikenden der Marschütz'schen Fabrik herauszahle. Marschütz hat jedoch eine solche Zahlung nicht geleistet. Müller erklärte, er habe an jenes Gerücht geglaubt.

Arbeiterversicherung.

Reichsversicherungsamt. Einer der vielen Mängel unserer Unfallversicherungs-Gesetzgebung trat klar in einem Prozeß zu Tage, den der jugendliche Arbeiter Zacharias gegen die Steinbruchs-Vereinsgenossenschaft führte. Der Kläger stand seinerzeit im Dienste des Sandbruchs- und Fuhrwerksbesizers Braunschweig, der bei der genannten Genossenschaft versichert ist. Eines Morgens, als im Betriebe nichts zu thun war, wurde Zacharias mit dem Zerkleinern von Brennholz beschäftigt, wobei er sich derartig verletzte, daß ihm der linke Zeigefinger abgenommen werden mußte. Seinen Rentenanspruch wies die Genossenschaft mit der Begründung zurück, der Unfall sei nicht als Betriebsunfall anzusehen, wenn auch Braunschweig den B. mit der Ausführung der betreffenden Arbeit beauftragt habe. Nach dem polizeilichen Untersuchungsprotokoll hat Braunschweig ausgelegt, daß er das zerkleinerte Holz nicht zu Betriebs-, sondern zu privaten Zwecken verwenden wollte. Hierauf stützte sich die Genossenschaft, auch in der Beantwortung der Berufung, welche der Vater des minderjährigen Klägers beim Schiedsgericht eingelegt hatte. Dieser selbst machte geltend, sein Sohn sei, sowohl im erwählten Fuhrwerks-, als auch im Grubenbetriebe thätig gewesen, und sei daneben auch zu anderen Arbeiten verwandt worden, wie in dem fraglichen Falle. Das Schiedsgericht verurtheilte die Genossenschaft, indem es unter Anderem ausführte: Wenn ein Betriebsunternehmer einen in seinem Betriebe beschäftigten Gehilfen beauftragt, während der Arbeitszeit Holz zu zerkleinern, so sei darin eine Betriebsabhandlung zu erblicken. Es sei nicht angängig, anzunehmen — wie Beklagte es thut — daß der Kläger tagsüber mit allen möglichen Verrichtungen, die zum Betriebe gehören sollen, beschäftigt werde, und daß er dann für wenige Minuten aus dem Banne des Betriebes austrete, um eine andere Verrichtung vorzunehmen, von der dann angenommen werde, daß sie nicht zum Betriebe gehöre. So richtig nun der Standpunkt des Schiedsgerichts an sich ist, hob doch das Reichsversicherungsamt das Urtheil auf, da „nach dem augenblicklichen Stande des Gesetzes die Arbeiter nur versichert sind gegen Unfälle im Betriebe.“ Im vorliegenden Falle wäre, führte das Gericht weiter aus, nicht ersichtlich, daß das zerkleinerte Holz einem Zwecke dienen sollte, der auch nur indirekt irgendwie mit dem Betriebe zusammenhing. Fälle, wie der berichtete, sind nun durchaus nichts Seltenes. Zu den berechtigtesten Forderungen gehört deshalb die, daß Gesetzesänderungen durchgeführt werden, welche auch dem Arbeiter eine Rente vorkommenden Falles sichern, der im Interesse seines Arbeitgebers, wenn auch nicht im direkten Interesse des Betriebes desselben, Leben und Gesundheit aufs Spiel stellt. Eine Vorlage, durch die unter anderen in diesen Beziehungen Besserungen des Gesetzes angestrebt werden, existirt nun zwar schon lange, ruht aber immer noch ganz gemächlich im Schooße des Bundesrathes. Handelte es sich nicht um das Wohl und Wehe von Arbeitern und Arbeiterfamilien, sondern um Opfer für den Militarismus, dann hätte sich jedenfalls schon längst der Reichstag damit zu beschäftigen gehabt. So aber —

Ist eine Berufsgenossenschaft berechtigt, eine Unfallrente dem Bezüher derselben auch aus anderen Gründen, wie denen des Gesetzes, zu entziehen? Diese Frage verneinte das Rekursgericht in einer Rekursfache der landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft des Ober-Elsaß. Die Klägerin, Frau Bittchine, hatte eines Tages ihr Gespann benutzt, Aepfel zu holen, und war, weil das Pferd zu scheuen anfang, vom Wagen gesprungen, wobei sie sich erheblich verletzte. Die Polizei hatte hierauf Erhebungen darüber ange stellt, ob die Frau das Obst für sich gekauft, und dann der Genossenschaft als Ergebnis derselben mitgetheilt, es sei bies der Fall gewesen. Auf Grund dieser Erklärung billigte die Berufsgenossenschaft der Frau B. 50 pSt. Rente zu, indem sie sich sagte, der Obstkauf gehöre in den landwirthschaftlichen Betrieb der Verunglückten. Der bezügliche Bescheid wurde rechtskräftig, da innerhalb der zulässigen Frist Berufung nicht eingelegt wurde. Später ermittelte jedoch die Genossenschaft, daß das Obst tatsächlich zum Wiederverkauf bestimmt und sie als landwirthschaftliche Genossenschaft also an sich garnicht entschädigungspflichtig war. Sie stellte infolgedessen die Rentenzahlung ein. Schiedsgericht und Reichsversicherungsamt waren aber der Meinung, daß die Berufsgenossenschaft nicht berechtigt gewesen sei, Frau B. die Rente wieder zu entziehen, nachdem der fragliche Bescheid rechtskräftig geworden sei. Ein Betrug liege nicht vor, ebensowenig eine Besserung im Befinden der Verletzten welsch' letztere dann die Entziehung gerech-

fertigt haben würde, wenn sie durchgreifend gewesen wäre. Die Folgen der ursprünglichen ungenauen Ermittlungen müsse die Vereinigung nun schon tragen.

Bermiſchtes.

Nun wird er den Regern sicherlich gefallen, der kaiserliche Regierungsrath Dumiller, der nächstens wieder in die Kolonien abgeht. Er hat sich unlängst als Sekundant bei einem Studentenduell in Heidelberg ein Stück der Nase abschlagen und ein Augenlid verletzten lassen. Es geht doch nichts über die Würde eines alten Korpsburschen! —

Was ist ein Arbeiter? Ein Arbeiter ist ein Individuum, das durch irgend eine der Gesellschaft nützliche Thätigkeit zwei Drittel seines geschaffenen Nutzens auf dem Altar der Dummheit, zu Gunsten einer zur Arbeit selbst zu faulen Schmaroger- und Ausbeuter-Gesellschaft opfert.

Was ist ein Sozialist? Ein Sozialist ist der Arbeiter, der begreifen hat, daß es ihm besser bekommen würde, wenn er alle vier Viertel seiner Arbeitsthätigkeit für sich hätte, seine Arbeitsbrüder darauf aufmerksam macht und dieserhalb von den Dummen nicht gerade liebt, aber dafür gewöhnlich von den Kapitalisten gehaßt und auch manchmal verfolgt wird. Gegner des Sozialismus unter den Arbeitern sind nur diejenigen, welche die Lehren desselben nicht begreifen können. Der Sozialismus wird nicht nur bessere Verhältnisse für die arbeitende Klasse schaffen, er wird auch alle Diejenigen, die heute von den Arbeitern ernährt werden, aller Sorgen des Profitmachens entheben.

Eingefandt.

Auf Veranlassung des Verbandsvorstandes fuhr ich am Sonntag, den 30. Juni, nach Sonneberg, um in einer öffentlichen Zimmererversammlung zu sprechen, welche in dem etwa $\frac{3}{4}$ Stunden entfernten Oberlind anberaunt war. Die Tagesordnung lautete: Der Zweck und die Nothwendigkeit der Organisation. In einem längeren Vortrage entlegte ich mich meiner Aufgabe und legte den dort Anwesenden den Zweck und Nutzen des Verbandes klar, beleuchtete die Nothwendigkeit der Organisation der Arbeiter überhaupt. Erfreulicher Weise fanden meine Ausführungen aufmerksame Ohren, denn es ließen sich noch 7 Mann in den Verband aufnehmen, so daß mit den vorher eingetretenen 25 Mann nunmehr 32 Kameraden der Organisation angehören. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Der Anfang ist nun wieder gemacht in Sonneberg, mögen die dortigen nun neu eingetretenen Mitglieder sich nicht wieder, wie früher, von selbstthätigen Menschen behörden lassen, sondern fest und treu zur Fahne stehen und mitkämpfen den Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeutungssucht des Kapitalismus.

G. Kraulhaus.

Literarisches.

Der Sozialdemokrat, Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Beuthstraße 3).

Die Nr. 27 vom 4. Juli hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Die sozialistische Wahltaktik und das Wahlsystem in Italien. Von Filippo Turati. — Wie Unternehmer hochkottiren. Die Generalkommission und die Gewerkschaften. — Was ist Recht? (Aus dem Entwicklungsgang eines Sozialisten). — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Todtenliste. — Vermischtes. — Literarisches.

Die Arbeiter und die Währungsfrage. — Die Lage des Verbandes der deutschen Buchdrucker. — Arbeiter-Organisationen.

„Die Wohlfahrt“, Zeitschrift für volksthümliche Heilweise und soziale Gesundheitspflege. Verlag Reichenberg (Böhmen).

Das soeben erschienene Heft 6 der „Wohlfahrt“ bringt folgenden Inhalt: Die Naturheilkunde und die Krankenkassen. Von Arth. Schüricht. — Kinderpflege. Von H. St. Hofsto. — Die Bedeutung des Schlafes. Von Ed. Louis Michel. — Die Lehre von der Schimpfung und die Sozialdemokratie. Von Hermann Wolf. — Aus dem Tagebuche eines Säuglings. Von Dr. Carl Gerlier. — Ueber hygienische Märche. Von Franz Kubitzel. — Hygienische Rundschau: Zur Impffrage. — Impfung der Arbeiter in Sachsen. — Pfarrer Kneipp will kein Denkmal. — Kleine Mittheilungen: Ein medizinisches Zugeständniß. — Die Gewinnung der Impflimphe. — Der gesundheitsschädliche Einfluß der Maschinenarbeit. — Vereinsnachrichten. — Für Küche und Haus. — Wäckerchen.

Jahrgang 1 der „Wohlfahrt“ ist komplet zum Preise von fl. 1,50 zu haben. Auf besonderen Wunsch werden auch geschmackvoll gebundene Exemplare zu etwas erhöhtem Preise geliefert. Die Zusendung geschieht gegen Baar oder Postnachnahme. Von jeder Familie, von jedem Vereine und besonders von jeder Krankenkasse sollte die „Wohlfahrt“ wegen ihres belehrenden Inhaltes über Gesundheitspflege und Krankheitsverhütung abonniert werden. Der geringe Abonnementspreis pro Jahr mit fl. 1,50 wird reichlich durch den dadurch entstehenden Nutzen aufgewogen. — Einbanddecken hierzu in prächtvoller Ausstattung sind um 45 kr. portofrei zu haben. — Probe-Hefte gratis.

Bekanntmachungen

der
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
(E. S. Nr. 2 in Hamburg.)

Vom 1. bis 30. Juni erhielt die Hauptverwaltung aus nachstehenden örtlichen Verwaltungsstellen Gelder:
Ablingen M. 44, Berlin I 800, Berlin II 800, Berlin III 800, Berlin IV 600, Berlin V 400, Berlin VI 500, Bielefeld 70, Bredow 250, Bremen 200, Cammin 50, Celle 170, Charlottenburg 200, Epenick 60, Dödenhuden 200, Dresden I 250, Dresden II 200, Friedrichshagen 60, Gaarden 100, Geesthacht 44,88, Görlitz 50, Gr.-Lichterfelde 53,67, Hamburg I 120, Hamburg-Barmbeck I 420, Hamburg-Eppendorf 100, Hamburg-Hamm u. Horn 50, Hannover I 100, Hannover II 175, Hannover-Linden 100, Harburg 200, Hermannsburg 150, Hirschberg 38,60, Hübst 57, Hohenleina 150, Kallberge-Rüdersdorf 60, Kiel 400, Köln 100, Königsberg 150, Laage i. Meckl. 70, Lauchheim 7,50, Leipzig I 100, Leipzig II 100, Leipzig III 195, Lübeck 200, Malchin 100, Mannheim 150, Mariendorf 30, Meiningen 51, München 300, Meber-Schönhäusen 180, Nordenham 38,25, Oplau 120, Osnabrück 100, Rostock 200, Sand 50, Schöneberg 300, Schwartau 75, Schmerin 200, Segeberg 80, Spandau 60, Steglitz 40, Stettin 200, Warin 40, Weimar 70, Wit 60. Summa M. 11389,90.

Zuschuß erhielten:
Brenel M. 2, Cannstatt 260, Dortmund 80, Ederförde 100, Gr.-Lichterfelde 150, Hamburg I 66, Hamburg-Hamm und Horn 100, Mainz 50, Memel 20, Mülhausen 50, Neubrandenburg 40, Osterburg 30, Potsdam 180, Rathenow 10, Ruhrort 60, Schröd 100, Stahfurt 40, Sternberg 40, Warnemünde 95, Weissensee 150, Würzburg 83. Summa M. 1724.

J. Wirth, Hauptkassirer,
Hamburg-Barmbeck, Hamburgerstraße 129, I.
Gelder sind nur an Obigen zu senden.

Zur Beachtung.

Seitens des Verbandes freier Hülfskassen, dem auch unsere Kasse angehört, ist der Optiker Wilhelm Ebel in Rathenow mit der Lieferung von Brillen für die dem Verbands angehörenden Krankenkassen beauftragt. Die Kassirer der örtlichen Verwaltungen werden daher aufgefordert, falls einem Mitgliede vom Arzt eine Brille verordnet wird, diese bei dem Genannten durch Zusendung der ärztlichen Verordnung und Angabe des Namens und der Wohnung, an den die Brille gesandt werden soll, zu bestellen. Die Zahlung übernimmt die Hauptkasse.

Der Vorstand.

Abrechnung

vom
Agitations- und Unterstützungsfonds
der
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
(E. S. Nr. 2 in Hamburg.)

Vom 1. April bis 30. Juni 1895.
Einnahme.

Kassenbestand am 1. April M. 2334,79, Achern 1,80, Augsburg 2,70, Berlin I 2,80, Berlin II 7,40, Berlin III 11,80, Berlin IV 3,80, Berlin V 7,50, Berlin VI 2,20, Bernburg —,60, Bielefeld 1,10, Boizenburg —,30, Breslau —,80, Bulach —,70, Calbe —,40, Cammin —,30, Celle 1,80, Charlottenburg 3,30, Chemnitz 1,40, Eßle —,80, Epenick —,50, Danzig —,70, Doberan 1, Dödenhuden 3,30, Dortmund 1,10, Dresden I 3,20, Dresden II —,20, Eberfeld —,20, Erfurt 5,70, Effen —,90, Frankfurt a. M. 1, Freiburg 1, Gaarden —,90, Görlitz 1,20, Gr.-Flottbel —,10, Gr.-Ottersleben —,20, Hamburg I 3,60, Hamburg III 8, Hamburg IV 1, Hamburg-Hamm u. Horn —,60, Hannover-Linden —,40, Hildesheim 1,50, Hübst —,60, Jüterburg 2, Königsberg 1,70, Langenbiebach —,50, Lauenburg —,50, Leipzig I 2, Lübeck 1, Mainz 1,50, Malchin —,30, Mannheim 1,80, Mülhausen 1,40, Neubrandenburg —,50, Neu-Wofern —,60, Nieder-Schönhäusen 1,20, Osterburg —,30, Pinneberg —,40, Posen —,40, Potsdam 3,40, Preeß 2,40, Ribdorf 1, Rostock 3,10, Sand —,70, Schöneberg 1,50, Segeberg —,50, Steinbel —,70, Verden —,40, Wit —,50, Wilhelmshaven 1,10, Zedlitzfelde —,80, Zwickau —,50, Krauthaus 5516 —,20, Kirchheim ohne Abr. —,40, Weigandt 85 —,50, Kruse 7004 —,40, Zur Feier des Tages 6, Gisi 451 —,30, Zinnenborn 13275 —,20, Pletzenhausen ohne Abr. —,20, Nieder-Schönhäusen ohne Abr. 6, Köln ohne Abr. 3,40. Summa M. 2473,49.

Ausgabe.

An Krowitz, Elbing M. 3,60; A. Soltan, Steinbel 6, Porto lt. Buch 2,96; Ding, Berlin 5,94; Fries, Frankfurt a. M. 5,94; Frau Damm, Schröd 10; Kläß, Dödenhuden 20; Boy, Rostock 10; Frau Schell Wwe., Bergedorf 25, Kassenbestand am 1. Juli 2374,05. Summa M. 2473,49.
Revidirt und für richtig befunden durch
F. Blumenthal. J. Wirth.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokalvorstände respektive Vertrauensleute bei.

Berichtungs-Anzeiger.

- Baden-Baden.** Sonntag, den 21. Juli, im „Württembergischer Hof“, Zentraltherberge.
- Braunschweig.** Donnerstag, den 18. Juli, bei Eberling, Delschlagern 40.
- Beelitz.** Sonntag, den 21. Juli, im Vereinslokal.
- Charlottenburg.** Dienstag, den 16. Juli, bei Krause, Bismarckstr. 74.
- Epenick.** Sonntag, d. 21. Juli, Abds. 6 Uhr, bei Gaul.
- Düsseldorf.** Sonntag, den 21. Juli, Vorm. 11 Uhr, bei J. Drießen, Grafenbergerstraße 27.
- Danzig.** Dienstag, den 23. d. M., im Verbandslokal, Breitegasse 42.
- Deffau.** Sonnabend, den 20. Juli, in der „Reichskrone“, Sandstr. 11.
- Dortmund.** Dienstag, den 16. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Wirth Hühny, „Zur Krimm“.
- Elbing.** Sonnabend, den 20. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im „Kaisergarten“, alsdann alle 14 Tage.
- Effen.** Sonntag, d. 21. Juli, bei Wwe. Krag, Steelerstr. 10.
- Fürth.** Sonntag, den 21. Juli, Vormittags 10 Uhr, bei Sid, Wasserstraße.
- Gr.-Lichterfelde.** Dienstag, den 16. Juli, Abends 7 1/2 Uhr, bei Scheide, Kurfürstenstraße.
- Hamburg.** Dienstag, den 16. Juli, Abends 8 Uhr, im „Engl. Tivoli“, St. Georg, Kirchenallee.
- Hannover.** Dienstag, den 23. Juli, in Volde's Restaurant, Neuestraße 27.
- Herne.** Sonntag, den 21. Juli, bei Grünwald, Von der Heydtstraße.
- Leipzig.** Sonnabend, den 20. Juli, bei Gastwirth Lüpke, Breitestr. 12.
- Leipzig.** Dienstag, den 16. Juli, Abends 8 Uhr, Kreuzstraße.
- Lübeck.** Dienstag, den 16. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Sparmann, Hundestr. 101.
- München.** Sonntag, den 21. Juli, Vormittags 10 Uhr im „Passauer Hof“, Dultstraße 4.
- Münster i. W.** Sonnabend, den 20. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei A. Weinberg.
- Reichenbach i. V.** Sonntag, den 21. Juli, Nachm. 3 Uhr, in Hermann's Lokal, Weststraße 32.
- Spandau.** Dienstag, den 16. Juli, Abds. 8 Uhr, bei Vork, Staakenstr. 14.
- Stettin.** Dienstag, den 16. Juli, bei Duchwitz, Laskaie 14.

Anzeigen.

Zahlstelle Stettin.
Dienstag, den 16. Juli, Versammlung bei Duchwitz, Laskaie 14. [40 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Münster.
Sonnabend, den 20. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Weinberg, Horsterstr. 37:

General-Versammlung

Tagesordnung:
1. Vorstandswahl. 2. Verschiedenes.
Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend erforderlich.
[M. 1,10] Der Vorstand.

Verband der Zimmerleute Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Sonnabend, den 17. August 1895:
Zur Feier des 13. Stiftungsfestes
in Keller's Festsaal, Koppenstraße 29,
(5 Minuten vom Schlesiſchen Bahnhof)

Großes Vokal- und Instrumental-Konzert

verbunden mit Theater-Vorstellungen
unter gütiger Mitwirkung
des Gesangsvereins „Froh' Hoffnung“ (M. d. A. S. B.)
unter Leitung seines Dirig. Hrn. Dillenberger und Mitglie-
dern der Gesellschaft Ergylewicz. Musik der Freien
Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker, Dirig. Hr. Schöner.
Um 12 1/2 Uhr: Kaffee-Pause.
Während d. Kaffeepause: Festrede, geh. v. Gen. Antwid.
Kaffeeöffnung 8 1/2 Uhr. Anfang punkt 9 Uhr.
Programm 30 Pfg. Garderobe 15 Pfg.
Nach Schluß des Konzerts:

Großer Ball.

Herrn, die daran theilnehmen, zahlen 30 M. nach.
Alle Freunde und Gönner sind hierzu bestens ein-
geladen.
Das Comité.
Programme sind bei folgenden Comitemitgliedern zu
haben: A. Ridert, Kurfürstenstr. 41; S. Fischer, Mar-
burgerstr. 15; A. Charlet, Neue Hochstr. 5; M. Leonhardt,
Uferstr. 14e; B. Niemann, Memelerstr. 79; G. Glaue,
Steinmehstr. 49, sowie in allen Zahlstellen. [M. 10,80]

Düsseldorf.

Der Zimmerer Anton Sigt wird hiermit gebeten,
seine Adresse an W. Thannmann, Oberstraße Nr. 12,
abzugeben. [M. 1,50]

Zur Beachtung!

Die Herberge für die fremden Zimmergesellen befindet
sich von jetzt ab beim Gastw. S. Kröger, Bohmühlen-
straße Nr. 36. [M. 1,80]
Die fremden Zimmergesellen zu Altona

Genossen!

Kauft nur den **Wleistift „Solidarität“** von
Jean Bloss, Stein bei Nürnberg.

Fachschriften für die Baugewerbe

in großer Auswahl. Franko-Zusendung bei Einsendung
des Betrages. Bitte Katalog zu verlangen.

Joh. Sassenbach,
Bücher-Verlag und Verlag, Berlin 4.

Verkehrslotale, Herbergen usw.

- Berlin. N. Chr.** Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration, Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
- W. Zippel, Marussstraße 14, Eingang Grünerweg, Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Julius Raumann, S., Blücherstr. 42, Restauration, Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Bergedorf.** Zentraltherberge und Verkehrslotal bei Joh. Bez, Töpferwiese 8.
- Breslau.** Verkehrslotal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Oberstr. 3, „Grüner Hirsch“. Zentraltherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
- Charlottenburg.** Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats: Versammlung. Verkehrslotal sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer beim Kameraden H. Krause, Bismarckstr. 74.
- Danzig.** Vereins- und Verkehrslotal (Privatlokal) des Lokalverbandes, Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
- Dresden.** Verkehrslotal und Herberge: „Gasthof zum goldenen Faß“, Mühlengasse 3. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 2. Bezirk.
- Behl's Restaurant, Mittelstraße 6. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 1. Bezirk, sowie der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle I.
- Zimmermann's Restaurant, Schönbrunnstr. 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 3. Bezirk, sowie alle 14 Tage der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle II.
- „Deutsche Eiche“, Striesen, Huttenstraße 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, IV. Bezirks.
- Hamburg.** Zentraltherberge: Bick (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.
- Hamburg-St. Georg.** Aug. Bräsecke, Steinthorweg 2, Keller.
- Hamburg-Eimsbüttel.** Fr. Lemcke, Verkehrslotal Belle-Alliancestr. 49.
- Hamburg-Barmbeck.** Verkehrslotal für Zimmerer, Rud. Ellerbrock, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbsstraße.
- Hamburg-Barmbeck.** D. Niemeier, Wohldorferstr. 9, 2. Et. Vermietung von Zimmerwerkzeug.
- Hannover.** Versammlungslokal und Zentraltherberge bei Wolke, Neuestr. 27.
- Harburg.** Versammlungslokal der Zimmerer u. Zentraltherberge bei Herrn Bissenhop, erste Bergstraße 7.
- Kellinghusen.** Herberge und Vereinslokal: S. Wrage, „Volksballe“.
- Ludwigshafen.** Die Zentraltherberge befindet sich in der Bismarckstraße Nr. 1.
- Leipzig.** Verkehrslotal und Arbeitsnachweis bei Neubauer, Restauration, Universitätsstr. 6. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Universitätskeller“, Ritterstr. 7. Herberge Kl. Fleischergasse, Max Saupé's Restaurant, Kassirer der Zentral-Krankenkasse: Joseph Fritzsche, Leipzig-Reuditz, Leipzigerstr. 3, und August Kaiser, Friedrichstr. 41.
- Lübeck.** Verkehrslotal: Fr. Spahrman, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: J. Strunk, Rosenstr. 14/6.
- München.** Das Verkehrs- und Versammlungslokal des Lokalverbandes befindet sich im „Passauer Hof“, Dultstraße 4. — Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, findet hier Versammlung statt.
- Rostock.** Verkehrslotal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei W. Marien, Beguinenberg 10.
- Schwerin.** Verkehrslotal und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse: Gr. Moor 19.
- Stettin.** Verkehrslotal, Logirhaus, Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Herrath, Bogislawstr. 22.
- Stuttgart.** Verkehrslotal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstr. 18. Zentraltherberge, „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14.
- Wilhelmshaven.** Verkehrslotal u. Herberge im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Bant. Arbeitsnachweis bei G. Gerdes, Neue Wilhelmshabenerstr. 4.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Auer & Co. in Hamburg.